

Zentrum für Europäische Integrationsforschung  
Center for European Integration Studies  
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn



Wolfram Hitz  
Catherine Robert (Hrsg.)

**Frankreich - Deutschland -  
Polen**

Partnerschaft im  
Herzen Europas

**Discussion Paper**

**C199  
2010**

Die Autoren:

Prof. Dr. Wolfram Hitz

Professor für Politische Wissenschaft mit den Schwerpunkten Internationale Beziehungen und Europäische Integrationsforschung an der Universität Bonn.

Dr. Catherine Robert

Direktorin des Robert-Schuman-Instituts an der Universität Bonn und Hochschulattachée der französischen Botschaft für NRW und Hessen.

Dr. Pierre-Frédéric Weber

Visiting professor an der Universität zu Szczecin, Polen. Promovierte an der Sorbonne (Paris III) über deutsch-polnische Beziehungen im Kalten Krieg (erschieden unter *Le triangle RFA-RDA-Pologne, 1981-1975: guerre froide et normalisation des rapports germano-polonais*, Paris, L'Harmattan, 2007)

Dr. Pascal Fagot

Maître de conférences an der Université de Reims Champagne-Ardenne. Promovierte an der Sorbonne über das deutsch-polnische Verhältnis in der deutschen Literatur (BRD und DDR) 1949-1990 (erschieden unter *Mémoires et regards: le thème de la Pologne dans la prose littéraire allemande de 1949 à 1990*, 2001, Bern, Peter Lang 2001 (Contacts III, 53).

Alexandra Schweiger, M.A.

Wissenschaftliche Mitarbeiterin für Veröffentlichungen und Grundlagenarbeit am Herder-Institut Marburg. Studierte Mittlere, Neuere und Osteuropäische Geschichte und Lateinische Philologie in Köln und Krakau. Ihr derzeitiger Forschungsschwerpunkt ist der polnische Ostdiskurs.

Dr. Daria W. Dylla

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik an der Universität zu Köln. Studierte Politikwissenschaft in Polen und forscht u.a. zur polnischen Europa- und Sicherheitspolitik sowie zu Theorien der Außenpolitik.

Dr. Andreas Marchetti

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn. Derzeit führt er das bilaterale Forschungsprojekt „Deutschland und Frankreich angesichts der europäischen Krisen“ in Kooperation von ZEI und ifri, Paris, durch.

Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz

Direktor und Lehrstuhlinhaber für Zeitgeschichte, Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław sowie Wissenschaftlicher Koordinator des deutsch-polnischen Schulbuchprojektes.

# Inhalt

<i>Wolfram Hilz / Catherine Robert</i>	3
Vorwort	
<i>Pierre-Frédéric Weber</i>	5
Frankreich, Deutschland und Polen im europäischen Einigungsprozess. Französische Rollen im Wandel der Zeit 1968-2008	
<i>Pascal Fagot</i>	17
Vermittlung der Geschichte im deutsch-französischen und in einem polnischen Geschichtslehrbuch	
<i>Alexandra Schweiger</i>	31
Religiosität in Polen und Deutschland seit der Wende	
<i>Daria W. Dylla</i>	45
Paris, Berlin, Warschau. Sicherheitspolitische Überlegungen im Herzen Europas	
<i>Andreas Marchetti</i>	57
Deutschland zwischen Ost und West. Die Beziehungen zu Polen und Frankreich fünf Jahre nach der Osterweiterung	
<i>Krzysztof Ruchniewicz</i>	67
Deutschland, Frankreich und Polen im vereinten Europa. Bilanz nach fünf Jahren EU-Osterweiterung	

## **Vorwort**

Wenn ein deutscher Außenminister zu seiner ersten Auslandsreise nach Warschau und nicht nach Paris aufbricht und dabei die Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks als zentrales Anliegen deutscher Außenpolitik benennt, dann darf dies getrost als wichtiges Signal für die deutsche Europapolitik bezeichnet werden. Die erste Auslandsreise von Außenminister Westerwelle Ende Oktober 2009 nach Polen war neben dem symbolischen Akt eine deutliche Willensbekundung der neuen Bundesregierung, die deutsch-polnischen Beziehungen zu verbessern und sie neben der bewährten deutsch-französischen Partnerschaft für die Fortentwicklung der europäischen Integration besser zu nutzen. An diesem Anspruch wird sich die Berliner Europapolitik in den nächsten Jahren messen lassen müssen.

Dieser Schritt ist auch deswegen so beachtlich und aus polnischer Sicht angesichts der Bevorzugung gegenüber Frankreich bemerkenswert, weil die deutsch-polnischen Beziehungen in den letzten Jahren vielfach von Spannungen geprägt waren, die keineswegs auf das bekannteste Streitthema des Zentrums gegen Vertreibungen beschränkt blieben.

Welche Probleme der Stärkung des Weimarer Dreiecks entgegenstehen, macht die ernüchternde Bilanz dieser Formation in den zurückliegenden Jahren deutlich: Nach der „Gründungsinitiative“ der drei Außenminister Genscher, Dumas und Skubiszewski am 29. August 1991 in Weimar folgten zwar noch gelegentliche „Bekräftigungs-Gipfel“ zwischen den Staatsoberhäuptern der drei Staaten sowie den Regierungschefs. Die ursprüngliche Intention, aufbauend auf dem engen bilateralen Verhältnis zwischen Bonn und Paris mit seiner gemeinsamen Initiatorrolle innerhalb der EU, durch die Hinzunahme Polens eine Stärkung der integrationsfördernden Mechanismen zu erreichen, konnte zweifellos nicht umgesetzt werden.

Die Gründe für die geringe praktische Relevanz der trilateralen Kooperation für die Fortentwicklung des Integrationsprojektes sind vielfältig und insbesondere

## Vorwort

in den unterschiedlichen europapolitischen Präferenzen der drei Länder während der letzten beiden Jahrzehnte zu finden. Wiederholt auftretende Verstimmungen oder gar offener Streit in den Regierungsbeziehungen wirkten sich dabei mehrfach negativ aus: Bei Verschlechterung der bilateralen Verhältnisse wurden die Handlungsspielräume innerhalb der EU und der NATO enger, wie zuletzt im Zuge des EU-Verfassungsgebungsprozesses und bei der gespaltenen Reaktion auf die Irak-Politik der USA; zugleich wurden die gesellschaftlichen Annäherungs- und Aussöhnungsprozesse durch die „politische Großwetterlage“ beeinträchtigt.

Die vorliegenden Aufsätze liefern vor diesem Hintergrund Einblicke in das komplizierte trilaterale Beziehungsgeflecht, mit den bilateralen Verhältnissen als notwendiger Basis. Um die Widerstände und Kooperationspotentiale im zusammenwachsenden Europa verständlich zu machen, richtet sich der Blick dabei sowohl auf historische Annäherungsversuche und feststellbare Kooperationserfolge als auch auf strukturelle Hindernisse für die vertiefte Zusammenarbeit sowie grundlegende gesellschaftliche Unterschiede.

Die Beiträge aus verschiedenen fachlichen und nationalen Perspektiven gehen auf ein interdisziplinäres Symposium zurück, das im Mai 2009 im Rahmen der deutsch-französisch-polnischen Tage stattfand.

Veranstaltet wurde das Symposium vom Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn und dem Büro für Hochschulkooperation der französischen Botschaft in Nordrhein-Westfalen und Hessen in Kooperation mit dem Bildungswerk Schloss Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn, dem Polnischen Generalkonsulat in Köln und dem Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI). Für die redaktionelle Betreuung der Autoren gilt der Dank Herrn Oliver Spatz, M.A.

*Pierre-Frédéric Weber*

# **Frankreich, Deutschland und Polen im europäischen Einigungsprozess**

**Französische Rollen im Wandel der Zeit 1968-2008**

## **1. Die Grundidee, aus der Wirklichkeitswahrnehmung entstanden**

*Ein „Dreieck“ auch vor 1991?*

Versucht man die Vorgeschichte der Wechselbeziehungen zwischen Frankreich, Deutschland und Polen im Kontext der Europapolitik<sup>1</sup> vor 1989 zu beschreiben, so stellt sich zuerst die Frage nach der Relevanz eines französisch-(west)deutsch-polnischen Kleinsystems im Zeitalter des Kalten Kriegs aus historiografischer Perspektive. Besteht denn nicht das Risiko, die damalige Situation in den gegenwärtigen Rahmen zu zerren, also anhand der jüngsten Entwicklungen die Beziehungen vor 1991 um eine damals nicht als solche vorhandene europapolitische Teleologie zu bereichern?

Ein Rückblick auf die Zeitgeschichte zeigt, dass diese Grundsatzfragen eine positive Antwort auf die Problemstellung nicht ausschließen.<sup>2</sup> Spätestens ab dem Ende der 1960er Jahre spielte der Prozess der „Normalisierung“ zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR einerseits, den ostmitteleuropäischen Staaten

<sup>1</sup> Als „Europapolitik“ gelten hier über die aktive Teilnahme am westeuropäischen Prozess (mit wichtigen Etappen wie der EGKS 1950 oder der EG 1957) hinaus auch die Ost-West-Kontakte sowie die beiderseitigen Vorstellungen in Hinblick auf eine Annäherung beider Lager in Europa bzw. auf einen gesamteuropäischen modus vivendi (siehe KSZE). Diese breitere Perspektive betrifft ebenfalls den Begriff „europäischer Einigungsprozess“ in diesem Beitrag.

andererseits für die Entspannung und die anschließende Zusammenarbeit in Europa eine wesentliche Rolle. Bezogen auf die Länder des Dreiecks berührte diese Normalisierung gleich drei Aspekte, die sich bis heute als bindende Kraft dieser dreistaatlichen Interessengemeinschaft erwiesen haben und folgendermaßen zusammengefasst werden können: *die europäische Rolle Frankreichs, Deutschlands Ort in Europa und Polens Weg nach Westen*.

Das Jahr 1968 bietet sich zwar nicht als Wende an, doch zumindest als Einschnitt und Meilenstein im europäischen Einigungsprozess, ob durch die allmähliche wirtschaftliche Integration Westeuropas<sup>3</sup> oder die ersten Versuche der bundesdeutschen Ostpolitik zur Verständigung mit den sozialistischen Nachbarn zum Zwecke der Entspannung in Europa, auf der Suche nach einer Lösung der Deutschlandfrage. Durch die Ereignisse vom August 1968 wurden die Befürworter einer Ost-West-Annäherung jedoch drastisch daran erinnert, dass Moskau keine Demokratisierung, keine politischen Experimente in seinem Lager duldet: Hinter dem Prager Frühling verdächtigten die konservativen Kommunisten westliche Machenschaften gegen die Einheit des Warschauer Pakts; Bonn insbesondere befand sich in diesem Zusammenhang im Visier der Propaganda, so dass sich die westdeutsche Ostpolitik mit noch größerer Behutsamkeit entwickeln musste. In Polen war Władysław Gomułka – nach den Ereignissen des polnischen März 1968 außenpolitisch immer isolierter – sehr empfindlich gegen eventuelle Destabilisierungsversuche aus dem Westen. Frankreich wiederum setzte sich unter de Gaulle für eine aktive Ostpolitik ein, unter anderem um die westdeutsche einzurahmen. Ein starkes Signal dafür war der Staatsbesuch des Generals in Polen im September 1967.

In der Folge wird versucht, die Position Frankreichs im zwischenstaatlichen Dreiecksverhältnis ab 1968 bis heute in Hinblick auf Europa herauszuarbeiten. Dabei lässt sich eine Entwicklung erkennen: vom aufmerksamen (und zeitweilig argwöhnischen) Mitspieler der Ost-West-Normalisierung über den verunsicherten Akteur in der Endphase des Kalten Kriegs (zurück?) zum europapolitischen Impulsgeber. Die Zeit zwischen den ausklingenden 1960er Jahren und heute lässt sich in etwa acht Abschnitte gliedern, wobei zu bemerken ist, dass diese Periodisierung sich als Vorschlag versteht und im Wesentlichen den Standpunkt

<sup>2</sup> Vgl. Heiner Timmermann (Hrsg.): Deutschland – Frankreich – Polen: ihre Beziehungen zueinander nach 1945, Saarbrücken 1986.

<sup>3</sup> Vgl. Gerold Ambrosius: Die Zollunion von 1968 und das Binnenmarktprojekt von 1993, in: Michael Gehler (Hrsg.): Vom Gemeinsamen Markt zur europäischen Unionsbildung. 50 Jahre Römische Verträge 1957-2007, Wien u.a. 2009, S. 419-433.

der *französischen* Diplomatie berücksichtigt. Für eine übergeordnete, trilaterale Chronologie müssten die Einschnitte manchmal um ein paar Jahre verschoben bzw. weitere hinzugefügt werden.

### *1968-1973: im Zeichen spät- und postgaullistischer Ostpolitik*

Im Jahre 1969 endete für Frankreich mit de Gaulles Rückzug aus der Öffentlichkeit eine Periode innenpolitischer Stabilität (die schon durch die Ereignisse vom Mai '68 ins Schwanken geraten war). Die Folgen dieses Wandels wurden erst langsam in der französischen Außenpolitik spürbar. Der Anfang der Präsidentschaft Georges Pompidous war trotz Kontinuität von einer relativen außenpolitischen Unsicherheit gekennzeichnet, was besonders in den offiziellen Reaktionen auf die ostpolitische Neuorientierung der Bundesrepublik Deutschland sichtbar wurde.<sup>4</sup> Je besser die Bundesrepublik mit der Formel „Wandel durch Annäherung“ in Moskau und Warschau vorankam, desto mehr geriet Paris unter Druck.

Einerseits hatten sich die westdeutsche und die französische Regierung seit der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages (am 22. Januar 1963) darauf verständigt, sich mindestens einmal jährlich zwecks politischer Besprechungen zu treffen. Andererseits betrachtete man in Warschau die französische Diplomatie als möglichen Helfer zur Verteidigung polnischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber.<sup>5</sup> In Verbindung mit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags im August 1970 und vier Monate später des Warschauer Vertrags, die beide im Mai 1972 von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wurden, klarte der Himmel über der innerdeutschen Grenze langsam auf: Durch die Berlin-Regelung vom Dezember 1971 und besonders den Grundlagenvertrag von 1972 gewann Bonn an außenpolitischer Unabhängigkeit, was in Paris für Ängste sorgte, zumal sich Bundeskanzler Willy Brandt – sozusagen kompensatorisch für seine wirkungsvolle Ostpolitik – zeitgleich für eine verstärkte westeuropäische Kooperation im Rahmen der NATO einsetzte, die dem um seine „exception“ besorgten Frankreich nicht gerade behagte.<sup>6</sup>

<sup>4</sup> Vgl. Andreas Wilkens: *Der unstete Nachbar. Frankreich, die deutsche Ostpolitik und die Berliner Vier-Mächte-Verhandlungen 1969-1974*, München 1990.

<sup>5</sup> Vgl. Pierre-Frédéric Weber: *La France et le Traité de Varsovie (1970). Entre aval et appréhension*, in: *Allemagne d'aujourd'hui*, (2007) 179, S. 100-116.

<sup>6</sup> Vgl. Hans-Peter Schwarz: *Willy Brandt, Georges Pompidou und die Ostpolitik*, in: Horst Möller/Maurice Vaïsse (Hrsg.): *Willy Brandt und Frankreich*, München 2005, S. 155-165.



*1973-1981: deutsch-französische Bemühungen um den Ost-West-Dialog*

Der Sommer 1973 gestaltete sich als Höhe- und Kehrpunkt der Spannungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik: Eine meritorisch sehr dichte Unterredung zwischen Brandt und dem französischen Staatspräsidenten Pompidou zum Thema der bundesdeutschen Ost- und Deutschlandpolitik brachte wieder mehr gegenseitiges Verständnis ins deutsch-französische Verhältnis, auch wenn sie in Paris nicht alle Vor- und Fehlteile beheben konnte.<sup>7</sup>

Mit dem Tod Pompidous im April 1974 und dem Rücktritt Brandts im Mai desselben Jahres kam es aufgrund besserer persönlicher Kontakte zwischen ihren Amtsnachfolgern Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt zu einer Erwärmung des Verhältnisses zwischen Paris und Bonn. Ein wichtiger, externer Faktor war die beginnende Weltwirtschaftskrise nach dem ersten Ölchock von 1973, die von beiden Partnern mehr Kooperation im Rahmen der EG verlangte. Die Erfolge auf der KSZE-Konferenz im August 1975 – insbesondere zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland<sup>8</sup> – leiteten eine neue Phase der Ost-West-Entspannung in Europa ein, die erst 1979 mit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan einen Dämpfer erhielt. Die Verkrampfung um den NATO-Doppelbeschluss in den Jahren 1979-1981 kündigte für die 1980er Jahre bereits ein ganz anderes Klima an.

Der Höhepunkt der Annäherung(en) auf der Ebene der Dreiecksbeziehungen Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland mit Polen fiel auf die Jahre 1976/77 mit den gegenseitigen, von Wohlwollen gekennzeichneten Staatsbesuchen von Edward Gierek in Bonn und Paris, Schmidt einerseits und Giscard d'Estaing andererseits in Warschau.<sup>9</sup> Frankreich versuchte dabei mit der Bundesrepublik im Bereich der Ostpolitik (und des Osthandels) Schritt zu halten. Trotz einer gewissen Konkurrenz in den Bemühungen um Polen war doch die Herangehensweise des Quai d'Orsay um einiges weniger verkrampft als ein halbes Jahrzehnt zuvor.

<sup>7</sup> Vgl. Georges-Henri Soutou: Willy Brandt, Georges Pompidou et l'Ostpolitik, in: Horst Möller/Maurice Vaïsse (Hrsg.): Willy Brandt und Frankreich, München 2005, S. 162f.

<sup>8</sup> Gemeint ist das Abkommen Schmidt-Gierek vom 2. August 1975.

<sup>9</sup> Vgl. Ministère des Affaires étrangères (Hrsg.): La Politique étrangère de la France. Textes et documents. Vol. 2 1976, Paris 1977.

### *1981-1989: Rückkehr zum Atlantismus und Status quo*

Der Zusammenprall zwischen der kommunistischen Regierung in Polen und der aufbegehrenden *Solidarność* unter der Führung von Lech Wałęsa hatte nicht nur an der Weichsel folgenschwere Auswirkungen; am Rhein und an der Seine brachten die unerwarteten Ereignisse so manchen Spezialisten der Ostpolitik aus dem Konzept. Die Bundesregierung war nicht bereit, ihr Schritt um Schritt mit Geduld aufgebautes ostpolitisches Vertragswerk und das damit verbundene Kontaktnetz durch voreilige, öffentliche Unterstützung oppositioneller Gesellschaftsgruppen in Polen aufs Spiel zu setzen. Schon als 1976 die ersten polnischen Stimmen gegen den Kurs des kommunistischen Regimes aller Zensur zum Trotz hörbar wurden und im darauffolgenden Jahr tschechische Intellektuelle die Charta '77 veröffentlichten, reagierte man in Bonn äußerst vorsichtig, um die guten Beziehungen zu Gierek nicht zu gefährden.<sup>10</sup>

Auch Paris verhielt sich zurückhaltend, und nach dem Machtwechsel von Giscard d'Estaing zu François Mitterrand 1981 änderte sich vorerst nichts Wesentliches im Verhältnis zu Polen, obwohl die Verhängung des Kriegsrechts in der französischen Gesellschaft auf starke Ablehnung stieß. Die französische Sicherheits- und Deutschlandpolitik zeichnete sich in den 1980er Jahren besonders durch das Festhalten am Status quo aus: Der Sozialist Mitterrand blieb dem neutralistischen Hang einflussreicher Kreise der SPD gegenüber misstrauisch und verstand sich in europäischen Fragen besser mit dem CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl. Von der „Europäisierung Europas“, also einer Atomwaffenreduktion mit De-facto-Neutralisierung Mitteleuropas und eventueller Lösung der Deutschlandfrage, wie sie Willy Brandt verteidigte, wollte man in Paris nichts hören und klammerte sich weiterhin an die „force de frappe“.<sup>11</sup> Ab 1985 zeigte Mitterrand Interesse an einer deutsch-französischen, zusammen mit Kohl abgestimmten Ostpolitik im Dialog mit Michail Gorbachëv, wodurch er einem Abdriften der Bundesrepublik Deutschland nach Osten vorzubeugen hoffte.<sup>12</sup> Er zeigte

<sup>10</sup> Vgl. Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1977. 2 Teilbände. Bearb. von Amit Das Gupta, Tim Geiger, Matthias Peter u.a. Hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 2008, insbes. S. 347-351 (Dok. 67).

<sup>11</sup> Vgl. Werner Link: Frankreichs „Ostpolitik“ in den 80er Jahren, in: Michael Meimeth: Frankreichs Entspannungspolitik der 70er Jahre: zwischen Status Quo und friedlichem Wandel. Mit einem Nachwort vom Werner Link, Baden-Baden 1990, S. 193-202.

<sup>12</sup> Vgl. Ulrich Lappenküper: Willy Brandt, Frankreich und die Ost-West-Beziehungen (1974-1990), in: Horst Möller/Maurice Vaïsse (Hrsg.): Willy Brandt und Frankreich, München 2005, S. 257-277.

auch mehr Verständnis für die polnische Opposition und pflegte offenen Kontakt zu Lech Wałęsa.

### *1989-1991: Verunsicherung der französischen Außenpolitik*

Das Umbruchsjahr 1989 eröffnete eine Übergangszeit, in der es Frankreich schwerfiel, die Kontrolle und sogar die Übersicht über die rapide Entwicklung im Ostblock zu behalten. In der stillen Hoffnung auf eine Verlängerung des Teilungszustandes für Deutschland ruderte der französische Staatschef sogar gegen den Strom der Ereignisse, indem er durch seinen Staatsbesuch in Ost-Berlin (20.-22. Dezember 1989) und den damit verbundenen Abschluss von vier Abkommen zwischen Frankreich und der DDR ein recht unzeitgemäßes Vertrauen in das Weiterbestehen dieses Staats zeigte.<sup>13</sup> Im privaten Gespräch mit seinem Sonderberater Jacques Attali gab der Präsident sogar mehrmals dem Gefühl Ausdruck, von seinem Partner Helmut Kohl in der Frage des deutschen Einigungsprozesses zeitlich überrumpelt zu werden.<sup>14</sup> Auch Mitterrand kam „zu spät“ und erkannte nicht rechtzeitig, dass nach dem Mauerfall der geopolitische Lauf unter dem Druck der Gesellschaften in den zusammenbrechenden Volkdemokratien schwer zu bremsen war. Das Projekt einer „europäischen Konföderation“<sup>15</sup>, das er am 31. Dezember 1989 der Öffentlichkeit vorstellte, wurde rasch aufgegeben; bereits im Juni 1991 während des Prager Europakonvents ließen die jungen osteuropäischen Demokratien (darunter Polen, doch allen voran die Tschechoslowakei) wissen, dass sie ohne zusätzliche Garantien für einen baldigen Beitritt zur Europäischen Union und unter Ausschluss der USA nicht bereit wären, einer solchen Konföderation beizutreten.<sup>16</sup>

<sup>13</sup> Vgl. Ulrich Pfeil: La portée du voyage de François Mitterrand en RDA (20-22 décembre 1989). Éclairages multiples, in: Anne Saint Sauveur-Henn/Gérard Schneilin (Hrsg.): La mise en œuvre de l'unification allemande, 1989-1990, Asnières 1998, S. 325-240.

<sup>14</sup> Vgl. Jacques Attali: Verbatim III. Chroniques des années 1988-1991, Paris 1995, S. 390ff.

<sup>15</sup> Vgl. Ernst Weisenfeld: Mitterrands europäische Konföderation. Eine Idee im Spannungsfeld der Realitäten, in: Europa-Archiv, 46 (1991) 17, S. 513-518.

<sup>16</sup> Vgl. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet: Frankreichs Europapolitik, Wiesbaden 2005, S. 142-146. Siehe auch Frédéric Bozo: Mitterrand, la fin de la guerre froide et la réunification allemande: de Yalta à Maastricht, Paris 2005. Schabert stellt die Rolle Mitterrands in ein weit günstigeres Licht, vgl. Tilo Schabert: Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit, Stuttgart 2002.

### *1991-1995: Konzeptlosigkeit in der Europapolitik*

Ende August 1991, noch vor dem Kollaps der Sowjetunion, entstand in Weimar die französisch-deutsch-polnische Initiative einer engeren Zusammenarbeit der drei Staaten, wodurch das seitdem so genannte „Weimarer Dreieck“ entstand. Sinn und Zweck dieses *Rapprochements* war zunächst, Polen auf dem Weg zur NATO-Mitgliedschaft und zum EG/EU-Beitritt beizustehen und allgemein an der Einheit Europas zu arbeiten. Paris gab dies außerdem eine Gelegenheit, die Ostpolitik des wiedervereinigten Deutschlands wenn nicht mitzugestalten, so doch zu beeinflussen.

Die französisch-polnischen Beziehungen zeichneten sich Anfang der 90er Jahre allerdings vonseiten Frankreichs durch mangelndes Verständnis für Warschaus europäische Interessen und vonseiten Polens durch Ernüchterung im Verhältnis zum historischen Partner Frankreich aus.<sup>17</sup> Mitterrand war vielmehr an der Vertiefung der bestehenden europäischen Gemeinschaft gelegen, wofür der am 7. Februar 1992 in Maastricht unterzeichnete Vertrag über die Europäische Union (EU) eine historische Etappe darstellte, die dennoch die postkommunistischen Staaten in Ostmitteleuropa nicht vor der Tür lassen sollte. Frankreich hatte doch bereits im April 1991 beispielsweise mit Polen einen Freundschaftsvertrag unterzeichnet, in dem u.a. die grundsätzliche französische Unterstützung der polnischen Bemühungen um einen EU-Beitritt unterstrichen wurde.

Darüber hinaus führte die Kooperationsbereitschaft im Dreieck am 21. September 1993 zum ersten (noch inoffiziellen) Weimarer Gipfelgespräch in Danzig (Gdańsk) zwischen François Mitterrand, Richard von Weizsäcker und Lech Wałęsa. In seiner Rede räumte der deutsche Bundespräsident „Irritationen, Friktionen und auch Rückschläge“ in den deutsch-französischen Beziehungen ein, betonte jedoch „gegenseitiges Vertrauen und wechselseitige Zuneigung“ als „Grundkonstanten“ zwischen Paris und Bonn, die in Zukunft in den deutsch-polnischen Beziehungen zu stärken seien. Er versäumte es nicht, François Mitterrand als einen der „ersten Vorkämpfe[r] des neuen europäischen Gedankens“ zu würdigen.<sup>18</sup>

<sup>17</sup> Siehe Roman Kuźniar: *Droga do wolności. Polityka zagraniczna III Rzeczypospolitej*, Warszawa 2008, S. 59f.

<sup>18</sup> Ansprache von Dr. Richard von Weizsäcker, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde gemeinsam mit dem Präsidenten der Französischen Republik, François Mitterrand, und dem Präsidenten der Republik Polen, Lech Wałęsa, durch die Universität Danzig am 21. September 1993.

### *1995-2003: Aktivierung des Weimarer Dreiecks*

Jacques Chirac brachte Polen mehr Verständnis und Sympathie entgegen. Natürlich hatten Mitterrand und Wałęsa mehrmals die Gelegenheit gehabt, sich offiziell zu treffen (zuletzt Ende April 1995, in den letzten Tagen der Amtszeit des bereits todkranken französischen Präsidenten), doch in den französisch-polnischen Beziehungen mangelte es noch an Wärme. Schon zu Beginn von Chiracs Präsidentschaft verzeichnete man eine Verbesserung der Kontakte zwischen Paris und Warschau: Im Juni 1995 wurde der polnische Premier Józef Oleksy von seinem Amtskollegen Alain Juppé in Paris empfangen; während des Treffens versicherte Juppé, Polen würde als einer der ersten mitteleuropäischen Staaten der EU beitreten können.<sup>19</sup>

Neben dem regen bilateralen Austausch mit Polen (insbesondere 1996/1997) wurde Frankreich im Rahmen des Dreiecks wieder aktiver; der Dialog zwischen Paris, Bonn bzw. Berlin und Warschau wurde erstmals im Februar 1998 offiziell auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs geführt. Das zweite Weimarer Gipfeltreffen fand auf Einladung des polnischen Präsidenten Aleksander Kwaśniewski in Posen (Poznań) statt. Schon im folgenden Jahr (Mai 1999) waren Deutschlands und Polens Verantwortliche die Gäste Jacques Chiracs in Nancy, und im Februar 2001 kam es zur vierten derartigen französisch-deutsch-polnischen Zusammenkunft in Hambach (mit Kanzler Gerhard Schröder als Gastgeber).

Quantitativ wie qualitativ bildeten die Jahre 1998-2003 den bisherigen Höhepunkt in der trilateralen Zusammenarbeit; dabei ist festzuhalten, dass sich die französische Exekutive zu der Zeit im Vergleich zur ersten Hälfte der 1990er Jahre ganz besonders aufgeschlossen dafür zeigte. Vertieft wurden die trilateralen Kontakte durch die seit dem zwischen General de Gaulle und Konrad Adenauer abgeschlossenen Élysée-Vertrag regelmäßigen bilateralen deutsch-französischen Beratungen sowie durch die ab 1991 ähnlichen französisch-polnischen und deutsch-polnischen Gespräche.

### *2003-2007: alte Reflexe im neuen Europa*

Nach dem Terrorangriff gegen die USA am 11. September 2001 und im Zuge des von George W. Bush Anfang 2003 initiierten Antiterrorkriegs gegen das

<sup>19</sup> Vgl. Roman Kuźniar: *Droga do wolności. Polityka zagraniczna III Rzeczypospolitej*, Warszawa 2008, S. 151.

Regime von Saddam Hussein im Irak erschienen bald erste Risse im relativen außenpolitischen Einvernehmen zwischen den drei europäischen Hauptstädten, indem sich Polen der deutsch-französischen Reserve nicht anschloss: Chirac reagierte auf Warschauer Schulterschluss mit Washington vehement und etwas rechthaberisch, indem er lapidar bemerkte, dass die osteuropäischen Staaten (darunter vor allem Polen), die sich im Brief der Acht für den Irak-Krieg ausgesprochen hatten, „eine großartige Gelegenheit verpasst [hätten], den Mund zu halten“.<sup>20</sup> Obwohl das nächste Gipfeltreffen in Breslau (Wrocław) am 9. Mai 2003 eher unter dementsprechend schlechten Vorzeichen stand, wies Chirac in der gemeinsamen Pressekonferenz mit Nachdruck auf den von den drei Teilnehmern geteilten Wunsch zur engeren Zusammenarbeit hin, auch im heiklen Bereich der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Auf die Frage eines Journalisten, ob der Satz, mit dem er die polnische Stellungnahme zum Irak-Krieg knapp drei Monate zuvor quittiert hatte, für die Polen nicht kränkend gewesen sei, meinte er, Europa sei wie eine Familie, und in einer Familie müsse man sich eben aussprechen.<sup>21</sup>

Die Rolle des verlorenen Sohnes hatte jedoch bald Paris inne. Durch die Ablehnung der EU-Verfassung in der Volksabstimmung vom 29. Mai 2005 – zehn Tage nur nach dem 6. Weimarer Gipfeltreffen in Nancy – blockierte Frankreich den europäischen Integrationsprozess um einige Jahre. Im Verhältnis zu Polen und den mitteleuropäischen Staaten, die seit dem 1. Mai 2004 EU-Vollmitglieder waren, machte sich ein Mischgefühl breit, das mit unerfüllten Erwartungen, Hoffnungen und gegenseitigem Frust gespeist war. Außerdem verschloss sich Polen nach der Wahl der Brüder Kaczyński zum Präsidenten und zum Premier praktisch für zwei Jahre einem konstruktiven Dialog zur europäischen Integration, so dass das Weimarer Dreieck auf unabsehbare Zeit „ins Koma“ fiel. Das bis auf weiteres letzte trilaterale Gipfeltreffen fand im Dezember 2006 im Saarland statt und brachte keine wesentlichen Impulse.<sup>22</sup>

<sup>20</sup> Vgl. Chirac knöpft sich die EU-Kandidaten vor, in: Spiegel, 18.2.2003.

<sup>21</sup> Vgl. Conférence de presse conjointe de MM. Jacques Chirac, Aleksander Kwaśniewski et Gerhard Schröder, à l'issue du cinquième sommet du Triangle de Weimar (Wrocław, 9 mai 2003), <http://www.france-allemande.fr/>.

<sup>22</sup> Vgl. Roman Kuźniar: Droga do wolności. Polityka zagraniczna III Rzeczypospolitej, Warszawa 2008, S. 279-293.

### *Seit 2007: neue Signale aus Paris?*

Nach den Präsidentschaftswahlen war Nicolas Sarkozy von Anfang an um eine Reaktivierung der französischen Europapolitik sowie um die Verbesserung der Beziehungen mit Polen bemüht. Seine Rede vom 14. September 2007 vor dem ungarischen Parlament in Budapest war inhaltlich zweifelsohne auf Warschaus Sorgen gemünzt: „Es gibt für Frankreich keine Länder, die das Recht haben zu sprechen, und andere, die nur das Recht haben zu schweigen – und es wird das für Frankreich nie geben.“<sup>23</sup> Obwohl das Weimarer Dreieck nach wie vor ziemlich leblos blieb, wurden die bilateralen französisch-polnischen Kontakte auf höchster Ebene parallel zu den deutsch-französischen wieder in Schwung gebracht.<sup>24</sup> Das wiederbelebte Interesse Frankreichs an den Beziehungen zu Ostmitteleuropa (u.a. an einer multilateral abgestimmten Ostpolitik der EU) zeigte sich besonders deutlich während Sarkozys offiziellen Besuchs in Danzig im Dezember 2008: Der französische Präsident traf dort anlässlich des 25. Jahrestags der Entstehung von *Solidarność* außer Lech Wałęsa und dem polnischen Premier Donald Tusk die Regierungschefs von acht ostmitteleuropäischen Staaten (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei, Tschechien, Ungarn). Es ist jedoch zu früh, um diese Gesten und guten Absichten auf Wirksamkeit zu prüfen.

Es steht außer Zweifel, dass Paris wieder eine führende *und* integrierende Rolle in der Neugestaltung der europäischen Institutionen spielen möchte (Vertrag von Lissabon). Inwiefern das Jahr 2007 einen Einschnitt im Verhältnis Frankreichs zur EU sowie zu seinen deutschen und polnischen Partnern bedeutet, lässt sich noch nicht abschätzen. Bei allem Interesse an den Ländern Ostmitteleuropas hat Nicolas Sarkozy jedenfalls wiederholt die Bedeutung des deutsch-französischen Tandems betont<sup>25</sup>; erst die Geschichte wird zeigen, ob – und inwiefern – Frankreich seit dem Frühling 2007 tatsächlich „nach Europa zurückgefunden hat“.<sup>26</sup>

<sup>23</sup> Zitiert nach Henri Ménudier: Sarko und Europa. Die Europa-Politik von Nicolas Sarkozy, in: Europäische Rundschau, 36 (2008) 4, S. 37-41, S. 39.

<sup>24</sup> Während des französisch-polnischen Gipfels vom 28. Mai 2008 in Warschau kam es zum feierlichen Abschluss einer strategischen Partnerschaft zwischen beiden Staaten, vgl. Nicolas Sarkozy poursuit à Varsovie son offensive de charme en Europe centrale, in: Le Monde, 29.5.2008.

<sup>25</sup> Das Motiv der deutsch-französischen Zusammenarbeit als Grundstein Europas wurde vor den EU-Parlamentswahlen 2009 von Sarkozy ganz besonders hervorgehoben, vgl. Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy im Interview. Was mögen Sie an Deutschland, Monsieur le Président? in: Bild am Sonntag, 10.5.2009.

<sup>26</sup> Zitiert nach Sarkozy: La France est de retour en Europe, in: Le Figaro, 10.2.2008.

## **II. Zwischen nachhaltigem Großmachttraum und schrittweiser Ernüchterung: Fazit**

Frankreichs Platz im Dreiecksverhältnis zwischen Paris, Bonn/Berlin und Warschau ist eng verbunden mit der Entwicklung seiner Rolle in den internationalen Beziehungen nach 1945, insbesondere seit den ausklingenden 1960er Jahren. Nach de Gaulles Prestigepolitik wurde Frankreich immer öfter mit der schmerzhaften Tatsache seines schwindenden Einflusses im Weltgeschehen und seiner brüchigen Vormacht in Europa konfrontiert. Trotz zunehmender Diskrepanz zwischen Willen und Realität spielte Frankreich eine wegweisende, wenn auch mitunter zweideutige Rolle im europäischen Einigungsprozess.<sup>27</sup>

Aus dieser langen Transitionsphase des französischen außenpolitischen Selbstbewusstseins erklärt sich die bald abwartende, bald besorgte Haltung Frankreichs, sein mal initiativenreiches, mal hemmendes Handeln in europapolitischen Angelegenheiten. Im „Dreieck“ drückte sich dies durch eine wiederkehrende, im Quai d’Orsay wie im Élysée-Palast vertretene Tendenz aus, Bonn mit Hilfe Warschaus einzuschränken oder gar teilweise auszuspielen. Frankreichs Ost- und Polenpolitik war (möglicherweise nicht nur bis 1991) eine Funktion seiner Deutschlandpolitik. So lässt sich besser verstehen, warum Polen manchmal den unangenehmen Eindruck hatte, im Verhältnis zu Frankreich eher als Mittel zum Zweck denn als „privilegierter Partner“<sup>28</sup> betrachtet zu werden.

Im Sinne einer gelungenen Kooperation sollte Frankreich jedenfalls auf mehr Bescheidenheit setzen. Ein Projekt wie dasjenige der „Mittelmeerunion“, das in seiner ursprünglichen Fassung von 2007 Deutschland (aber auch Polen und all die anderen EU-Staaten, die über keinen Zugang zum Mittelmeer verfügen) ausschließen sollte und somit Frankreich eine Vormachtstellung gesichert hätte, zeugt allerdings eher von einem Denken in nicht mehr zeitgemäßen Kategorien der Einflussphären, das im heutigen Europa fehl am Platze scheint. Daraus erklärt sich wiederum die Reaktion einiger Länder wie Polen (und Schweden), die Ende Mai 2008 – mit Deutschlands Zustimmung – eine „Osteuropa-Union“ vorschlugen. Die für die EU und ihre Anrainer notwendige Nachbarschaftspolitik bedeutet nicht, dass gewisse Mitgliedstaaten sich ein „reserviertes Gebiet“ vor-

<sup>27</sup> Vgl. Gérard Bossuat: *Faire l’Europe sans défaire la France: 60 ans de politique d’unité européenne des gouvernements et des présidents de la République française (1943-2003)*, Bern/Berlin 2005.

<sup>28</sup> Vgl. Dariusz Jarosz/Maria Pasztor: *Francja-Polska 1970-1980*, Warszawa 2006, S. 311-316.



behalten dürfen. Ein Europa der 27 (zukünftig sogar 30 oder mehr) braucht wohl ein selbstsicheres, aktives Frankreich, das aber seine eigenen Grenzen kennt. Neogaullistische Neigungen zur Bevormundung der europäischen Politik durch Frankreich gehören ohnehin schon einem anderen Zeitalter an.

*Pascal Fagot*

## **Vermittlung der Geschichte im deutsch-französischen und in einem polnischen Geschichtslehrbuch**

### ***Einführung***

Die Behandlung der Geschichte seit 1945 in Lehrbüchern verschiedener Länder zu vergleichen ist ein schwieriges Unterfangen – schwieriger als am Anfang der Untersuchung gedacht –, denn es gibt in diesen Werken eine solche Masse an Informationen, Arbeit, Wissen und Kompetenz, dass sich nur schwer eine Synthese herstellen lässt. Dieser Vergleich ist auch deswegen ein fragwürdiges Unterfangen, weil Lehrbücher Teil eines pädagogischen Prozesses sind, der sich über mehrere Schuljahre hinzieht, und weil sie nicht allein den Unterricht ausmachen. Jedem Lehrer steht frei, das ihm zur Verfügung stehende Material so zu benutzen und zu beleuchten, wie er es sich wünscht. Das Lehrbuch ist lediglich ein Werkzeug in den Händen des Lehrers und der Schüler, und es aus diesem pädagogischen Zusammenhang herauszunehmen, heißt ihm Gewalt anzutun.

Es geht hier nicht darum, anhand der Lehrbücher die Qualität des Geschichtsunterrichts in Deutschland, Frankreich und Polen oder gar den Stand der Geschichtswissenschaft in diesen Ländern darzulegen, sondern nur darum, zu erfahren, welche Geschichte diese Lehrbücher den Schülern vermitteln möchten.

Zum einen wird hier das deutsch-französische Geschichtslehrbuch mit dem Titel *Histoire/Geschichte, Europa und die Welt seit 1945* behandelt. Von einer binationalen Gruppe von fünf Deutschen und fünf Franzosen verfasst, wurde es 2006 bei Klett in deutscher Sprache und bei Nathan in französischer Sprache herausgegeben – wir betrachten hier die deutsche Fassung des Werks<sup>1</sup>. Zum an-

<sup>1</sup> Guillaume le Quintrec/Peter Geiss (Hrsg.): *Histoire/Geschichte, Europa und die Welt seit 1945*, Stuttgart/Leipzig 2006, im Folgenden als DFB zitiert.

deren befassen wir uns mit dem von Mikołaj Gładysz verfassten Lehrbuch, das 2004 unter dem Titel *Historia III, czasy współczesne* in Danzig (Gdańsk) herausgegeben wurde<sup>2</sup>. Beide Bücher richten sich an Schüler der Abiturklasse.

Beide Lehrwerke fokussieren sich auf dieselbe Zeit und dieselben Themen: Sie bieten eine allgemeine Geschichte der Welt und Europas seit 1945 an und behandeln nacheinander die Nachkriegszeit und den Kalten Krieg, die Teilung Europas, den Niedergang des Kommunismus, die Welt seit 1989 und die europäische Einigung. Beide Bücher sind sich auch darin ähnlich, dass sie ein besonderes Augenmerk auf die eigene nationale beziehungsweise binationale Geschichte werfen: Zwei von insgesamt vier Hauptkapiteln des polnischen Lehrbuches behandeln die polnische Geschichte, während der letzte Teil des deutsch-französischen Werkes den schlichten Titel *Deutsche und Franzosen seit 1945* trägt. Dabei lässt sich leicht herauslesen, dass die Verfasser mit „Deutschland“ hauptsächlich die Bundesrepublik Deutschland meinen. Die Deutsche Demokratische Republik wird im Lehrwerk zwar erwähnt, auf ihre Geschichte wird aber kaum eingegangen und ihr Beitrag zur deutsch-französischen Beziehung wird ganz ausgeklammert. Deutsche Geschichte heißt hier vorrangig westdeutsche Geschichte.

Auch wenn das deutsch-französische Lehrbuch farbiger und reicher an Dokumenten als das polnische Lehrbuch ist (dafür aber auch viel teurer), ist das pädagogische Verfahren in beiden Büchern ziemlich ähnlich: Eine Haupterzählung behandelt die geschichtlichen Punkte und wird durch historische Quellen (Bild- und Textdokumente) ergänzt, die die Schüler im Rahmen von Übungen bearbeiten sollen. Beide Werke beinhalten ein Glossar mit den wichtigsten im Text vorkommenden Fachbegriffen. Aus Platzgründen befassen wir uns hier nur mit dem Haupttext und einigen ihn begleitenden Dokumenten.

Trotz des ähnlichen pädagogischen Konzeptes lassen unterschiedliche narrative Einstellungen in beiden Lehrbüchern die Texte etwas anders klingen: Im polnischen Haupttext greift ein Erzähler ein, der mit Ausdrücken wie „wiecie“ („wisst ihr“), „jak już wiecie“ („wie ihr schon wisst“), „jak wiemy“ („wie wir wissen“), „jak pamiętacie“ („wie ihr euch erinnert“) seinen jungen Leser direkt anspricht. Er setzt die Mitgliedschaft seines Lesers zu einer Gruppe voraus, mit der er bestimmte Begriffe und Werturteile teilt. Insbesondere in den Kapiteln zu

<sup>2</sup> Mikołaj Gładysz: *Historia III, Podręcznik dla klasy trzeciej liceum i technikum. Zakres podstawowy i rozszerzony*, Gdańsk 2004, im Folgenden als *Historia* zitiert.

Polen fällt auf, dass diese Gruppe sowohl national als auch politisch – sprich antikommunistisch – zu begreifen ist.

Nehmen wir ein Beispiel: Nachdem er dargelegt hat, wie die Kommunisten in Polen die Macht übernommen und dabei das nationale polnische Interesse zugunsten der Sowjetunion preisgegeben hätten, erklärt der Erzähler, dass der Weg der legalen Opposition eine Sackgasse gewesen sei. Dann stellt er dem Schüler eine hier rhetorische Frage, die ihn zu einem dem nationalen Kodex folgenden Richter über die Geschichte erhebt:

„Können wir diejenigen verurteilen, die ihrer Meinung nach die letzte Chance wahrzunehmen versuchten, die Souveränität Polens zu retten?“<sup>3</sup>

Im selben Geist der Aufwertung von Patriotismus und Antikommunismus wird die Geschichte des Kampfes gegen den Kommunismus in Polen als Weiterführung des heldenhaften jahrhundertelangen und oft erfolglosen Kampfes um nationale Selbstständigkeit dargestellt:

„Der bewaffnete Kampf gegen den Kommunismus hatte keine Chance auf Erfolg (...) aber im Vergleich mit anderen Formen des Widerstandes, die sich schließlich als genauso erfolglos erwiesen, war die von den Partisanen getroffene Wahl zweifelsohne die konsequenteste und kompromissfreieste Wahl. Die Soldaten des Untergrunds, der verlorenen Sache treu, reihen sich ein in die Reihen der tragischen Helden der polnischen Geschichte“<sup>4</sup>.

Auf der anderen Seite werden die Opfer des Kommunismus in einer Erzählung beklagt, die das Mitgefühl des Lesers wecken soll:

„Im Ausland zu bleiben war eine dramatische Entscheidung – das hieß mit dem Vaterland/der Heimat<sup>5</sup> und mit den nahen Menschen brechen, in einer fremden Umgebung leben und oft gesellschaftlich absteigen“<sup>6</sup>.

<sup>3</sup> Historia, S. 70: „Czy możemy jednak potępić tych, którzy próbowali wykorzystać ostatnią – ich zdaniem – szansę na uratowanie suwerenności Polski?“

<sup>4</sup> Ebd., S. 73: „Walka zbrojna z komunizmem nie miała szans powodzenia (...) w porównaniu jednak z innymi formami oporu, które w końcu okazały się równie nieskuteczne, wybór dokonany przez partyzantów był niewątpliwie najbardziej konsekwentny i bezkompromisowy. Wierni przegranej sprawie żołnierze podziemia dołączyli do szeregu tragicznych bohaterów polskiej historii.“

<sup>5</sup> „Ojczyzna“.

<sup>6</sup> Ebd., S.71: „Pozostanie na obczyźnie było dramatyczną decyzją – wzięło się z oderwaniem od ojczyzny, bliskich, życiem w obcym środowisku, nieraz także ze społeczną degradacją“.

Diese Menschen hätten doch die Hoffnung gehegt, dass ihr „Opfer nicht umsonst war“<sup>7</sup>, sie hätten aber doch – „wie wir wissen“ – umsonst auf den nächsten Krieg gewartet, der die Karten hätte neu verteilen sollen.

Hier geht es weniger um eine wissenschaftliche Analyse der Geschichte als um eine nationale, mythisierende, antikommunistische Erzählung mit kämpfenden Helden und leidenden Märtyrern, die oft dieselben Menschen sind. Als Diener der Gerechtigkeit hätten aber die Historiker durch ihre Forschungsarbeit der Justiz neue Kenntnisse gebracht; nun sei es endlich möglich, die Schuldigen zu verurteilen – und das erwarte der Erzähler von den späteren Generationen, d.h. von seinem Leser:

„[...] Die Rolle, die sie in den Nachkriegsjahren gespielt haben, erwartet nun das strenge Urteil der nachkommenden Generationen, die dank der Historiker Zugang zur Wahrheit über diese Zeiten bekommen haben“<sup>8</sup>.

Solche Stellungnahmen wären im deutsch-französischen Lehrbuch kaum möglich. Weil die Autoren zugleich für deutsche und französische Schüler schreiben, müssen sie eine andere, weitgehend neutrale Erzählhaltung einnehmen. Sie gebrauchen zwar Ausdrücke und Wendungen, deren westdeutsche Herkunft zu erkennen ist und die ebenfalls eine gewisse Deutung der Geschichte bieten (z.B. „Volksaufstand“<sup>9</sup> über den Aufstand vom Juni 1953 in der DDR, oder auch „friedliche Revolution von 1989“<sup>10</sup> über den Zusammenbruch der DDR), sie sprechen dennoch den jungen Leser nicht direkt an und bemühen sich, ihre Erzählung und die Wahrnehmung der Geschichte zu entsubjektivieren und Werturteile zu vermeiden. Kein Politiker wird des Verbrechens oder der Lüge angeklagt, es wird auch kein nationales oder gar binationales *Wir* aufgebaut, das sich auf kollektive, nationale oder politische Werte beziehen würde. Mehr als im polnischen Lehrbuch bekommt der Leser den – sicherlich trügerischen, denn eine genauere Analyse gäbe natürlich den politischen Standort des Erzählers zu erkennen – Eindruck, als werde die Geschichte von einem unpersönlichen außenstehenden und neutralen Betrachter erzählt.

<sup>7</sup> Ebd., S. 71: „[...] że ich ofiara nie jest daremna“.

<sup>8</sup> Ebd., S. 69: „[...] rola odegrana przez nich w powojennych latach doczekała się surowej oceny potomnych, którzy dzięki historykom zyskali dostęp do prawdy o tamtych czasach“.

<sup>9</sup> DFB., S. 258.

<sup>10</sup> Ebd., S. 256.

## **Die Sowjetunion und die USA in den Zeiten des Kalten Krieges**

Das dritte Kapitel des ersten Teiles im deutsch-französischen Lehrbuch<sup>11</sup> behandelt die unmittelbare Nachkriegszeit und den Beginn des Kalten Krieges. In einer Art Einführung zur Epoche wird die Zweiteilung der Welt dargelegt: Die westlichen Staaten, die sich „der freien Welt zugehörig fühlten, einer durch Demokratie, Grundrechte und Marktwirtschaft bestimmten Staatengemeinschaft unter Führung der USA“, standen den „Volksdemokratien“ des Ostens gegenüber, die „in einem durch die sowjetische Übermacht aufgezwungenen Gefolgschaftsverhältnis zur Sowjetunion standen [...]“, die Planwirtschaft übernahmen und sich dem Ziel „verpflichtet“ sahen, „eine klassenlose Gesellschaft“ zu verwirklichen<sup>12</sup>.

Freiheit gegen Zwang: diese Gegenüberstellung hätte zu der sehr einfachen Darstellung des Kalten Krieges als Kampf des Bösen gegen das Gute führen können. Dennoch entwerfen die Autoren ein nuancierteres Bild dieser Geschichte, das auf einer grundsätzlichen Parallelziehung zwischen den Geschichten der USA und der UdSSR beruht. Die Textstelle, in der die sowjetische Expansion in Mitteleuropa und die Containment-Politik der USA dargestellt werden, schließen die Autoren mit folgendem Fazit ab:

„Westliche und sowjetische Maßnahmen bzw. Gegenmaßnahmen bedingten sich also wechselseitig und trugen gleichermaßen zu einer immer tieferen Spaltung Europas bei“<sup>13</sup>.

Die von den USA und der UdSSR vertretenen und geführten politischen und wirtschaftlichen Systeme werden als „konkurrierende Gesellschaftsmodelle“<sup>14</sup> bezeichnet und verantworten gemeinsam den Lauf der Geschichte. Sie verkörpern zwar unvereinbare Prinzipien und bekämpfen einander, beide begründen aber ihre Aktion mit einem gleichwertigen – wenn auch gegensätzlichen – Ideal der Demokratie. Kommunismus und Kapitalismus folgen zwar anderen Wegen, sie bezwecken dennoch gleichermaßen das Wohl der Völker.

<sup>11</sup> Ebd., ab S. 46.

<sup>12</sup> Ebd., S. 46.

<sup>13</sup> DFB, S. 48.

<sup>14</sup> Ebd., S. 50.

In einer die Nachkriegsgeschichte zusammenfassenden Zeitleiste<sup>15</sup> fällt die Parallelität beider politischen Regimes auf: Nach dem Triumph des jeweiligen politischen Modells sei dieses in den USA wie in der Sowjetunion in Frage gestellt worden. Auf beiden Seiten habe Gewalt geherrscht, der „amerikanischen Intervention“ in Vietnam sei die „sowjetische Intervention“ in Afghanistan, dem Sturz Chruschtschows die Ermordung Martin Luther Kings entgegenguehalten. Wir haben es also nicht, wie erwartet, mit dem Kampf des Guten gegen das Böse zu tun, sondern mit zwei Mächten, von denen keine als eindeutig positiv oder eindeutig negativ dargestellt wird.

Diese Parallelziehung wird in der Haupterzählung weitergeführt: Auf beiden Seiten habe die Propaganda floriert und beiderseits habe man „vor keiner Übertreibung, vor keiner Simplifizierung“<sup>16</sup> Halt gemacht; der Kampf sei kurzum auf beiden Seiten ein „gnadenloser Kampf zwischen Gut und Böse gewesen“<sup>17</sup>. Auch die benutzten Bilder – z. B. eine Karikatur aus dem Jahre 1947 mit zwei sehr ähnlichen einander trotzenen Monstern<sup>18</sup> – bestätigen diese Darstellung des Kalten Krieges als Kampf zweier gefährlicher und ebenbürtiger Systeme.

Das polnische Lehrbuch bietet ein ganz anderes Bild derselben Geschichte und ihrer Protagonisten: USA und Sowjetunion werden hier also nicht distanziert-parallel dargestellt; hier bekämpfen sich das böse und das gute Prinzip, hier gilt es vor allen Dingen, die Sowjetunion anzuprangern. Der Kommunismus wird in diesem Lehrbuch nicht philosophisch definiert; der Kalte Krieg wird nicht ideologisch, sondern nur durch die Machtpolitik der Sowjetunion begründet, die das Chaos der Nachkriegszeit genutzt habe, um zu expandieren<sup>19</sup>. Die kommunistische Ideologie sei also nur eine Maske zur Umsetzung einer Machtpolitik.

Auf der anderen Seite stehen die USA, der einzige Staat, der mit der UdSSR zu konkurrieren vermocht habe, der „die Welt vor dem Kommunismus zu schützen“<sup>20</sup> und „wirtschaftlich und militärisch die vom Kommunismus bedrohten Länder zu unterstützen“<sup>21</sup> versucht habe. Auf die Beziehungen der USA zu ihren Alliierten wird mit dem Wortfeld der Eintracht und der Gegenseitigkeit hinge-

<sup>15</sup> Ebd., S. 67.

<sup>16</sup> Ebd., S. 70.

<sup>17</sup> Ebd.

<sup>18</sup> Ebd., S. 51.

<sup>19</sup> Historia, S. 11.

<sup>20</sup> Ebd., S. 12: „[...] wziąć na siebie rolę obrońców świata przed komunizmem“.

<sup>21</sup> Ebd., S. 12: „[...] wspierać ekonomicznie i militarnie kraje zagrożone przejęciem władzy przez komunistów“.

wiesen: Der Grundsatz des freien Handels sei „vereinbart“ worden<sup>22</sup>, im Gegensatz zum von der UdSSR ganz dominierten Warschauer Pakt habe die Nato den europäischen Mitgliedern ein reales Mitbestimmungsrecht gewährt<sup>23</sup>.

Anders als die Autoren des deutsch-französischen Buches, die sich ständig bemühen, politisch neutral und distanziert zu bleiben, vertritt das polnische Lehrbuch eine entschieden antikommunistische und antisowjetische Einstellung, die alle „linken Faszinationen“<sup>24</sup> verurteilt.

## ***Europa seit 1945: Eine europäische Geschichte in zwei Perspektiven***

Beide Bücher behandeln dieselbe europäische Geschichte und folgen derselben Chronologie von der Teilung Europas über das Ende der Sowjetunion und des Kommunismus in Osteuropa bis hin zum Europa nach 1989. werden die Akzente anders gelegt, was man an der Gliederung der Bücher erkennen kann.

- Während das deutsch-französische Buch zwei ganze Kapitel dem europäischen Einigungsprozess widmet, wird dieses Thema im polnischen Buch in keinem besonderen Kapitel behandelt.
- Dafür widmet das polnische Buch dem Ende der Sowjetunion ein langes Kapitel (upadek czerwonego imperium, der Zusammenbruch des roten Reiches), während das deutsch-französische Buch die Auflösung der Sowjetunion nur als Unterkapitel im Kapitel « Europa und der Ostblock nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes) behandelt. Daran erkennt man, dass im dt-frz Buch der Mittelpunkt der europäischen Geschichte im Westen liegt, während er im polnischen Buch im Osten, das heißt in der Sowjetunion liegt.

Im deutsch-französischen Buch erkennt man im Kapitel über „das geteilte Europa“<sup>25</sup> die vorsichtige Parallele wieder, die vorhin zwischen den USA und der UdSSR gezogen wurde: Die Teilung Europas sei das Resultat eines Konfliktes zwischen zwei Systemen, zwischen Sozialismus und Kapitalismus, Planwirt-

<sup>22</sup> Ebd., S. 12: „[...] uzgodniony wówczas prymat zasady wolnego handlu“.

<sup>23</sup> Ebd., S. 13: „[...] w odróżnieniu od NATO, którego europejscy członkowie mieli realny wpływ na kierowanie organizacją, układ radziecki pozostawał całkowicie zdominowany przez Związek Radziecki“.

<sup>24</sup> Ebd., S. 69: „[...] lewicowe fascynacje“.

<sup>25</sup> DFB, S. 96-111.



schaft und Marktwirtschaft, gewesen<sup>26</sup>. Dennoch lässt der deutsch-französische Text dem Leser keine Illusion über das sowjetische Regime in Osteuropa, das von „Planwirtschaft“, „Kollektivierung“ und „Totalitarismus“ geprägt gewesen sei.

Im polnischen Lehrbuch wird der Ostblock undifferenziert als vom Westen durch den Eisernen Vorhang isolierter „kommunistische[r], totalitäre[r] Osten“<sup>27</sup> mit einem ineffektiven wirtschaftlichen System dargestellt.

In beiden Büchern wird die Geschichte der osteuropäischen Staaten vom Kampf der Bevölkerung gegen die kommunistischen Machthaber dominiert und die den Text begleitenden Fotos zeigen Massendemonstrationen und Straßenschlachten; man findet sogar in beiden Büchern dasselbe Bild des ungarischen Aufstandes 1956. Trotz dieser im Grunde ähnlichen Darstellung der Situation in Osteuropa klingen die Texte anders: Der Ton des polnischen Textes ist schärfer, die Erzählung reicher an materiellen Details. Der Bericht nährt sich von einer alltäglichen Erfahrung des Kommunismus, die im deutsch-französischen Buch natürlich nicht so konkret zum Vorschein kommt. Auch die Brutalität der politischen und militärischen Gewalt im stalinistischen Polen wird im polnischen Buch anschaulicher dargestellt. Wenn im Grunde beide Texte dieselbe Geschichte Osteuropas erzählen, klingt die polnische Erzählung doch dramatischer und tragischer als die deutsch-französische Erzählung.

## **Westeuropa**

Das polnische Buch bietet ein dichotomisches Bild Europas zwischen 1945 und 1990 an. Während die kommunistische Seite im Grunde nichts positives aufzuzeigen hat, auch wenn erklärt wird, dass die Bauern aus den armen Gegenden Polens am System gewonnen haben, finden wir eine gewisse Idealisierung des Westens, die sehr vom Bild der Bundesrepublik Deutschland beeinflusst zu sein scheint. Dem rückständigen kommunistischen Osten wird der kapitalistische, demokratische Westen gegenübergestellt, der vom Schutz der USA profitiert habe, während der Osten unter sowjetischer Herrschaft<sup>28</sup> dahingesiecht sei. Westeuropa wird undifferenziert als Gebiet des „kapitalistischen Wohlstandes“

<sup>26</sup> Ebd., S. 100.

<sup>27</sup> Historia, S. 12: „[...] komunistyczny, totalitarny Wschód“.

<sup>28</sup> Ebd., S. 12: „[...] pod dominacją ZSRR“.

dargestellt<sup>29</sup> und als der Ort des Wirtschaftswunders. Dies verdanke es sowohl der amerikanischen Hilfe durch den Marshall-Plan als auch der Entstehung der EWG. Im Gegensatz zu den osteuropäischen Staaten nach 1945 hätten sich die westeuropäischen Gesellschaften zu Konsensgesellschaften entwickelt, in denen linke und rechte Parteien sich schließlich so nahe gekommen seien, dass sie kaum noch zu unterscheiden gewesen seien<sup>30</sup>. Der Erzähler scheint Westeuropa durch das verklärende westdeutsche Raster wahrzunehmen, denn diese Behauptung gilt zwar für Westdeutschland, weniger aber für andere Staaten in Westeuropa wie Frankreich oder Italien, in denen die kommunistischen Parteien lange Zeit eine überaus wichtige Rolle spielten.

Wie ebenfalls zu erwarten, widmet das polnische Lehrbuch dem bis 1990 nicht zur polnischen Geschichte gehörenden europäischen Integrationsprozess viel weniger Platz – nur zwei Seiten<sup>31</sup> – als das deutsch-französische Buch, das dieses Thema mit einem ganzen Kapitel würdigt<sup>32</sup>.

Während das polnische Lehrbuch dazu tendiert, die Probleme durch das negative Wirken der Sowjetunion oder den verhängnisvollen Einfluss des linken Gedankenguts zu erklären, bringt das deutsch-französische Buch eine andere Erfahrung zum Ausdruck.

Das im polnischen Lehrbuch gepriesene wirtschaftliche Wachstum im Westen wird im deutsch-französischen Buch dadurch relativiert, dass dieses sich auch in „kommunistischen Ländern und Entwicklungsländern“ habe beobachten lassen<sup>33</sup>. Übrigens müsse Kapitalismus nicht unbedingt Wohlstand bringen, und die hohen Wachstumsraten des Wirtschaftswunders in Westeuropa hätten eher konjunkturellen denn strukturellen Charakter gehabt. Der Kapitalismus habe in den 30 Nachkriegsjahren von sehr günstigen Bedingungen profitiert, die sich so leicht nicht wiederholen ließen. Ein begleitender Text vom *Club of Rome* stellt die Frage nach den Grenzen des Wachstums und eine Tabelle zeigt auch ganz konkret den enormen Anstieg der Arbeitslosigkeit in den westlichen Ländern<sup>34</sup>.

Der Vergleich beider Bücher zeigt, dass den polnischen und den deutschen beziehungsweise französischen Schülern ein anderes Bild der europäischen Ge-

<sup>29</sup> Historia, S. 25: „[...] Dla Europy Zachodniej powojenne dwudziestolecie stało się okresem budowy kapitalistycznego dobrobytu“.

<sup>30</sup> Ebd., S. 29: „[...] coraz mniej się liczyły kwestie ideologiczne, a partie lewicowe i prawicowe stopniowo upodabniały się do siebie“.

<sup>31</sup> Ebd., S. 143-145.

<sup>32</sup> DFB, S. 112-127.

<sup>33</sup> DFB, S. 184.

schichte angeboten wird. Die Wahrnehmung von Kommunismus, Kapitalismus und Europa nährt sich von der geschichtlichen Erfahrung des jeweiligen Beobachters und sicherlich auch von der politischen Situation in der erzählten und in der Erzählzeit, so dass – auch wenn die Fakten meistens übereinstimmen – Ort und Zeit, an denen die Geschichte geschrieben wird, den Charakter der Erzählung entscheidend mitbestimmen.

### ***Das Bild des anderen: Polen im deutsch-französischen Buch – Deutschland und Frankreich im polnischen Buch***

Das deutsch-französische Buch befasst sich mit der europäischen Geschichte im Allgemeinen, mit der deutschen, der französischen und der deutsch-französischen Geschichte im Besonderen. Es wird in diesem Buch kein besonderes Augenmerk auf Polen gerichtet, und das gleiche gilt für das polnische Buch, das sich mit der Geschichte der Welt und der polnischen Geschichte befasst, sich aber kaum für Frankreich und Deutschland interessiert.

Das erste Kapitel des deutsch-französischen Buches<sup>35</sup> befasst sich mit den Folgen des Zweiten Weltkrieges. Unter den unzähligen Opfern des Krieges und den zerstörten Städten finden die Zerstörung Warschaus und die Ermordung seiner Bevölkerung im Warschauer Aufstand 1944 keine Erwähnung. Im Kapitel über die „Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg“<sup>36</sup> wird zwar Katyn<sup>37</sup> genannt, aber letztendlich finden in dieser Erinnerung die Millionen polnische Opfer kaum Platz; sie gehören zu den „weiteren Menschen“, die in den Konzentrationslagern mit den Juden und den Sinti und Roma systematisch ermordet wurden<sup>38</sup>.

Bei der Darstellung der europäischen Geschichte seit 1945 kommt Polen kaum vor. In der die Geschichte zwischen 1945 und 1990 illustrierenden Zeittafel findet man keine Spur der politischen Unruhen, die die Geschichte der Volksrepublik Polen markierten<sup>39</sup>. Auf der Karte des „sowjetischen Imperiums“<sup>40</sup> werden nur die von der sowjetischen Armee niedergeschlagenen Aufstände verzeichnet. Während Berlin, Prag und Budapest jeweils einen roten Funken bekommen,

<sup>34</sup> Ebd., S. 191.

<sup>35</sup> DFB, S. 8-29.

<sup>36</sup> Ebd., S. 30-45.

<sup>37</sup> In Katyn und Umgebung ermordete 1940 die Sowjetunion tausende von gefangenen polnischen Soldaten und Offizieren.

<sup>38</sup> DFB, S. 14.

<sup>39</sup> Ebd., S. 63.

wird Polen mit keinem einzigen Funken bedacht, als wäre dort zwischen 1949 und 1989 nichts geschehen. In der Zeitleiste über osteuropäische Geschichte zwischen 1945 und 1990<sup>41</sup> wird von den polnischen Unruhen nur der Aufstand 1970 vermerkt. Die Gewerkschaft Solidarność und Jaruzelskis Kriegszustand in den Jahren 1981-1983 bleiben hier erstaunlicherweise unerwähnt. Der im Buch blätternde deutsche oder französische Schüler kann aufgrund der fehlenden Daten Polens wichtige und besondere Rolle im „sowjetischen Imperium“ nicht wahrnehmen.

In der Bilanz über „Europa in einer bipolaren Welt“ zwischen 1945 und 1989<sup>42</sup> werden die Namen der „bedeutenden Persönlichkeiten“ genannt: John F. Kennedy, Nikita Chruschtschow, Ronald Reagan, Jean Monnet, Gamal Abdel Nasser und Michail Gorbatschow werden aufgelistet, man sucht aber vergeblich nach der in Polen wichtigsten Persönlichkeit, dem polnischen Papst, der mit Lech Wałęsa erst im Glossar am Ende des Buches vorgestellt wird, aber im Haupttext des Buches nicht genannt wird. Die Distanz zwischen dem polnischen Selbstbild und dem Bild Polens im deutsch-französischen Buch könnte kaum größer sein<sup>43</sup>.

Diese Fremdheit gegenüber dem Anderen findet man im polnischen Buch wieder. Frankreich kommt in dieser Geschichte der Welt seit 1945 kaum vor. Die im Text einzige herausragende französische Persönlichkeit ist Charles De Gaulle, auf dessen Rolle bei der Dekolonisierung, im Algerienkrieg und im Rahmen des europäischen Aufbaus kurz hingewiesen wird. Frankreich gehört sonst zum undifferenzierten Block des Westens, so dass Namen wie Jean-Paul Sartre oder Albert Camus, François Mitterrand oder Jacques Chirac nicht vorkommen. Frankreich scheint einfach nicht zum historischen Horizont des Autors des Buches zu gehören.

Als unmittelbarer Nachbar Polens, an der Grenze zwischen Ost und West, spielt im polnischen Buch Deutschland eine etwas andere Rolle als Frankreich, die durch die Erwähnung von Willy Brandt und Helmut Kohl gewürdigt wird. Willy Brandt fungiert zunächst als Initiator einer hier in keinem sehr positiven Bild

<sup>40</sup> Ebd., S. 98.

<sup>41</sup> DFB, S. 96.

<sup>42</sup> Ebd., S. 126.

<sup>43</sup> Historia, S. 176: „Pontyfikat Jana Pawła II, a zwłaszcza jego pielgrzymki do Polski (w latach 1979, 1983 i 1987) przyczyniły się do upadku komunizmu“ („Johannes Pauls II. Pontifikat und vor allem seine Pilgerreisen nach Polen [1979, 1983 und 1987] haben zum Fall des Kommunismus beigetragen“).

dargestellten Ostpolitik<sup>44</sup>: In der Dynamik der 1968er-Bewegung habe sich in Westdeutschland eine Generation artikuliert, die im Wohlstand der Nachkriegszeit groß geworden und weniger antikommunistisch als die Generation ihrer Eltern eingestellt gewesen sei, was in diesem Lehrbuch eher negativ zu verstehen ist. Diese Stimmung habe den Sozialdemokraten Willy Brandt an die Macht gebracht, der mit der bisherigen Politik gegenüber dem Ostblock gebrochen, Verträge mit der UdSSR und den übrigen kommunistischen Staaten unterschrieben und die deutsch-polnische Nachkriegsgrenze anerkannt habe. Anhand dieser Vorstellung von Willy Brandt kann der Schüler die Ostpolitik der 1970er Jahre nur sehr schwer verstehen.

Helmut Kohl habe seinerseits Charakter gezeigt und sich „entschieden“ für die Wiedervereinigung Deutschlands eingesetzt<sup>45</sup>. Es werden kurz bloße Fakten dargelegt: Deutschland habe Polen beim Beitritt zur Europäischen Union unterstützt und mit Polen über Geschichte debattiert. Die deutsch-polnischen Beziehungen hätten sich aber dann verschlechtert wegen der Initiative, ein Zentrum gegen Vertreibung zu bauen, was in Polen als neues Aufkommen deutscher Forderungen nach Rückgabe verlorener Besitztümer in den „wiedergewonnenen Gebieten“ interpretiert würde<sup>46</sup>.

In diesem Buch wird Deutschland zwar etwas öfter genannt als Frankreich, es bekommt aber wie Frankreich nur eine Nebenrolle in einer Geschichte, deren Hauptakteure die USA und die UdSSR sind und bleiben.

## **Schluss**

Beide Bücher erzählen dieselbe Geschichte der Welt und Europas seit 1945, doch betrachten sie diese Geschichte von verschiedenen Standorten. Das deutsch-französische Buch bietet eine binationale und westeuropäische Perspektive ohne direkte Erfahrung des Kommunismus, dafür aber mit Erfahrung des Kapitalismus in Westeuropa. Das polnische Lehrbuch bietet seinerseits eine nationale und osteuropäische Perspektive, die von dem hautnahen Erleben des kommunistischen Systems geprägt ist. Auch wenn sich vieles überschneidet, kommen in den Texten diese verschiedenen Erfahrungen, aber auch die daraus resultierende unterschiedlich empfundene Gegenwart zur Sprache. Sicherlich

<sup>44</sup> Ebd., S. 17.

<sup>45</sup> Ebd., S. 141.

<sup>46</sup> Ebd., S. 205.

hilft die binationale Komponente des deutsch-französischen Buches, eine möglichst objektive, erklärende und nicht moralisierende Erzählung der Geschichte zu liefern. Binational bleibt aber doch nationalzentriert, so dass die französischen und die deutschen Schüler wenig über alle anderen europäischen Länder erfahren und fast nichts über Polen, genauso wenig, wie die polnischen Schüler über Frankreich und Deutschland erfahren können. Treffen sich dann diese Schüler später als Studenten im Rahmen eines Erasmus-Aufenthaltes im Ausland, verfügen sie über kein Vorwissen, das dem gegenseitigen Verstehen helfen und eventuellen Vorurteilen vorbeugen würde, dafür aber betreten sie ein unendliches Feld der Entdeckungen und Überraschungen.



*Alexandra Schweiger*

# **Religiosität in Polen und Deutschland seit der Wende**

## ***Einleitung***

Im Folgenden werden die Entwicklungen der Religiosität in Polen und Deutschland in den letzten 20 Jahren in ihren wichtigen Linien nachgezeichnet und die Verhältnisse und Veränderungen in den beiden Ländern miteinander verglichen. Ausgangspunkt ist dabei die Frage, ob sich in Polen seit 1989 die Religiosität und das Verhältnis der Bevölkerung zur Religion und zur Katholischen Kirche verändert haben und wenn ja, auf welche Weise. Der polnischen Situation wird die deutsche gegenübergestellt, um abschließend aus dem Vergleich heraus nach dem Rüstzeug beider Gesellschaften für zukünftige Herausforderungen zu fragen.

Spätestens seit den 1930er Jahren wurde die Entwicklung von Religiosität in Europa unter den Prämissen der Säkularisierungsthese betrachtet, die von der Annahme ausgeht, dass es zwischen Moderne und Religion ein Spannungsverhältnis gebe, welches langfristig zu einem sozialen Bedeutungsverlust von Religion führe. Als Indikatoren des Säkularisierungsprozesses, der im 18. Jahrhundert seinen Ausgang genommen habe, gelten die Trennung von Staat und Kirche, die Verdrängung religiöser Weltbilder und Symbole aus dem öffentlichen Raum sowie der Rückgang der Volksfrömmigkeit. Ihr extremer Vertreter Karl Marx ging davon aus, dass die Religion mit zunehmender Säkularisierung und Modernisierung der Gesellschaft ganz absterbe. Max Weber sprach, etwas vorsichtiger, nicht schlechthin vom Absterben der Religion, sondern von Bedeutungs-, Stabilitäts- und Vitalitätsverlust der Religionsgemeinschaften in der modernen Gesellschaft.<sup>1</sup> Bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein

<sup>1</sup> Max Weber: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Tübingen 1920.



stellte eine verallgemeinerte Form der Säkularisierungsthese eine nicht mehr weiter reflektierte Annahme in Wissenschaft und Gesellschaft dar. Tatsächlich schien ja die Entwicklung in nicht wenigen westeuropäischen Ländern diese These zu bestätigen.<sup>2</sup>

Global gesehen kann man hingegen keineswegs das Absterben der Religionen und schon gar nicht der Religiosität konstatieren, sondern der Blick auf Lateinamerika, die USA oder die islamischen Länder zeigt eher ein gegenteiliges Bild. Und auch die Betrachtung der Religiosität in Europa muss differenzierter ausfallen. Wie erklärt man sonst die Entwicklungen in Ländern wie Kroatien, Irland oder Polen? Als Ausnahmen von der Säkularisierungsregel oder als deren Widerlegung? Anhänger der Säkularisierungsthese weisen auf die noch enge Verbindung von religiöser und nationaler Identität hin sowie auf die Tatsache, dass die Modernisierung in diesen Ländern noch nicht genügend durchgedrungen sei. Angesichts der Entwicklungen der letzten 20 Jahre kann dieser Ansatz kaum überzeugen, und so wird die Säkularisierungsthese inzwischen zunehmend in Frage gestellt: Kulturosoziologen sprechen jetzt stattdessen von einer Rückkehr der Religionen. Werfen wir nun einen genaueren Blick auf Religiosität in Polen und Deutschland.

### **1. Entwicklungen in Polen**

Seit Anfang der 1990er Jahre fanden in Polen – wie in anderen postsozialistischen Staaten auch – radikale Veränderungen des politischen und wirtschaftlichen Systems statt. In Anlehnung an die Säkularisierungsthese wurden von Beginn der Transformation an sowohl in Polen selbst als auch im Ausland Erwartungen geäußert, dass zusammen mit den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Prozessen, die in vielen westeuropäischen Ländern zur Schwächung der Religiosität und der Kirchen geführt hatten, auch in Polen ein Prozess der Abwendung vom Glauben und den Glaubenspraktiken stattfinden werde. Die erwartete Entwicklung trat aber nicht ein: Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Westverschiebung Polens ist das Land fast einheitlich römisch-katholisch. Umfragen des *Zentrums zur Erforschung der gesellschaftlichen Meinung* (Centrum Badania Opinii Społecznej, CBOS) haben ergeben, dass sich in den vergangenen 20 Jahren die Angaben zu Glaube, Religiosität und Gottesdienstbesuch praktisch nicht verändert haben. Gemäß der jüngsten Umfrage

<sup>2</sup> Einführend siehe: Karl Gabriel: *Jenseits von Säkularisierung und Wiederkehr der Götter*, 32

vom Frühjahr 2009 bezeichnen sich ebenso viele Polen als gläubig wie der Kirche angehören, nämlich 95 %, davon jeder achte als tief gläubig (13 %). 54 % praktizieren ihren Glauben, nur jeder Zwölfte (5 %) bezeichnet sich als nicht gläubig.<sup>3</sup> Die tief Gläubigen leben vorwiegend auf dem Land oder in Kleinstädten, haben konservative politische Ansichten, sind eher gering ausgebildet und eher Frauen als Männer. Nach Auskunft der katholischen Kirche besuchen polenweit 45 % der Bevölkerung regelmäßig die Sonntagsmesse<sup>4</sup>, nach Umfragen des CBOS handelt es sich dabei um 54 %<sup>5</sup>. Obwohl knapp die Hälfte der Befragten (48 %) vom Rückgang der Religiosität der Polen in den letzten 20 Jahren überzeugt ist, obwohl nur jeder Fünfte (22 %) glaubt, dass die Religiosität zugenommen habe, und ebenso viele keine Veränderung sehen<sup>6</sup>, haben die Untersuchungen des CBOS ergeben, dass Glaube und Religiosität in den letzten 20 Jahren auf hohem Niveau stabil geblieben sind. Die Veränderungsprozesse seit 1990 hatten fast keinen Einfluss auf die religiöse Praxis der Polen.

Als weitere Indikatoren für die Untersuchung der Religiosität sollen die Einstellungen der Polen zu Religionsunterricht, Ehescheidungen und Abtreibungen herangezogen werden. Seit der Wiedereinführung des Religionsunterrichts in der Schule ist er überwiegend akzeptiert<sup>7</sup>, die Zustimmungswerte sind sogar höher als diejenigen in der Zwischenkriegszeit. Kritik am Religionsunterricht bezieht sich meist nicht auf seine grundsätzliche Erteilung, sondern auf die Tatsache, dass er benotet wird. Bezüglich der Inhalte wünschen sich die meisten Polen eher Religionskunde als die Anleitung der Schüler zum Glauben.<sup>8</sup> Die Zahl der Ehescheidungen steigt seit Beginn der neunziger Jahre an, zwischen 1990

in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2008) 52, S. 9-15.

<sup>3</sup> CBOS, BS/34/2009: Wiara i religijność Polaków dwadzieścia lat po rozpoczęciu przemian ustrojowych [Glaube und Religiosität der Polen 20 Jahre nach dem Beginn des Systemwandels], Warszawa, März 2009.

<sup>4</sup> Instytut Statystyki Kościoła Katolickiego [Statistisches Institut der Katholischen Kirche], 2006.

<sup>5</sup> CBOS, BS/34/2009: Wiara i religijność Polaków dwadzieścia lat po rozpoczęciu przemian ustrojowych [Glaube und Religiosität der Polen 20 Jahre nach dem Beginn des Systemwandels], Warszawa, März 2009.

<sup>6</sup> CBOS, Od końca lat osiemdziesiątych do dziś – oceny zmian w różnych wymiarach życia społecznego i politycznego w Polsce [Vom Ende der 80er Jahre bis heute – Beurteilungen der Veränderungen in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens in Polen], Warszawa, Februar 2009.

<sup>7</sup> CBOS, BS/119/2007: Opinie o nauczaniu religii [Meinungen zum Religionsunterricht], Warszawa, Juli 2007.

<sup>8</sup> CBOS, BS/136/2008: Religia w systemie edukacji [Religion im Bildungssystem], Warszawa, September 2008.

und 2006 stieg sie von ca. 33.800 auf ca. 71.900 Fälle.<sup>9</sup> Dieser Anstieg führte offenbar parallel zu steigender gesellschaftlicher Akzeptanz von Ehescheidungen. Zur Zeit halten 20 % der Polen es für richtig, dass Scheidungen möglich sind, die größte Gruppe, nämlich 62 %, unterstützen Scheidungen eigentlich nicht, sehen sie aber in bestimmten Situationen als zulässig an, und 15 % lehnen Ehescheidungen grundsätzlich ab.<sup>10</sup> Seit 1956 war die Abtreibung in Polen de facto erlaubt, soziale Gründe waren für die Abtreibung ausreichend. Seit 1993 ist die Abtreibung verboten und nur bei medizinischer Indikation erlaubt, wenn das Kind schwer und unheilbar behindert ist, oder wenn die Schwangerschaft auf einer Straftat beruht. Die Ansichten der Polen zur Abtreibung waren in der ersten Hälfte der neunziger Jahre, als das Gesetz verabschiedet wurde, restriktiver als heute, aber grundsätzlich werden die bestehenden gesetzlichen Regelungen für richtig gehalten.<sup>11</sup>

Im Januar 2007 waren auf die Frage hin, ob die Kirche einen größeren oder einen kleineren Einfluss auf das Leben im Land haben sollte, zwar 36 % der Polen der Meinung, dass der Einfluss gerade gut sei, aber 28 % wünschten sich einen eher kleinen, 22 einen auf jeden Fall kleineren Einfluss. Dabei haben die Zahlen derjenigen, die einen eher kleinen Einfluss wünschen, in den letzten 20 Jahren kontinuierlich ab-, derjenigen, die auf jeden Fall kleinen Einfluss wünschen, hingegen zugenommen.<sup>12</sup>

Die anhaltend hohe Religiosität in Polen 20 Jahre nach der Wende bietet also kaum Anhaltspunkte dafür, dass sich die Annahme der Säkularisierungsthese in Polen erfülle.<sup>13</sup> Für diese Entwicklung lassen sich zahlreiche Gründe anführen: Wie zur Erklärung so vieler Phänomene in der polnischen Gesellschaft sollte auch in diesem Kontext zunächst der Blick auf die polnische Geschichte gerichtet werden, in der die katholische Kirche in den letzten Jahrhunderten eine be-

<sup>9</sup> CBOS, BS/43/2008: Stosunek Polaków do rozwodów [Die Haltung der Polen gegenüber Ehescheidungen], Warszawa, März 2008.

<sup>10</sup> Ebd.

<sup>11</sup> Die Komplexität der Abtreibungsfrage spiegelt sich in den Ergebnissen der Meinungsforscher. Die gesellschaftlichen Ansichten dazu sind zu kompliziert, um sie hier knapp darstellen zu können. Für detaillierte Informationen siehe CBOS, BS/152/2007: Opinie na temat aborcji [Meinungen zum Thema Abtreibung], Warszawa, Oktober 2007.

<sup>12</sup> CBOS, BS/37/2007: Opinie o działalności Kościoła [Meinungen über die Tätigkeit der Kirche], Warszawa, März 2007.

<sup>13</sup> Einzig die zunehmende Akzeptanz von Ehescheidungen steht dieser Interpretation entgegen.

sondere Stellung einnahm.<sup>14</sup> Seit der Aufteilung des polnisch-litauischen Unionsstaates durch seine Nachbarstaaten Russland, Österreich-Ungarn und Preußen spielte sie eine herausragende Rolle als Verteidigerin des Polentums und als legitime Vertreterin der Nation, die zur Gleichsetzung von polnischer Nationsangehörigkeit und katholischer Konfession und zur „Sakralisierung der Nation“<sup>15</sup> führte. Während der Teilungszeit, aber auch während der nationalsozialistischen Besatzung und in der Volksrepublik war der Katholizismus zentrale Identifikationsfigur und bot die Kirche als einzige nennenswerte nicht staatliche Institution im Land Raum für Opposition, fungierte quasi als „Ersatzstaat“<sup>16</sup> und einzige ideologische Alternative. Daraus erwuchs der Kirche eine kaum zu erschütternde Autorität und enorme Popularität. Sie band auch Nichtgläubige, weil die Teilnahme an der Heiligen Messe, an Prozessionen und Pilgerfahrten als eine Form politischen Protests galt. Eine Umfrage vom Oktober 1989 ergab, dass die Kirche das Vertrauen von 87 % der Bevölkerung genoss, mit gutem Vorsprung vor der Armee (70 %), der Regierung (68 %) und der Solidarność (66 %). Aber auch heute noch genießt die katholische Kirche wegen ihres Engagements für Menschen- und Bürgerrechte während der Zeit der kommunistischen Herrschaft ein hohes Ansehen. Hinzu kommt, dass die Transformation die bestehenden gesellschaftlichen, vor allem lokalen Bande weitgehend intakt ließ und die Funktionsfähigkeit der kirchlichen Institutionen erhalten blieb. Die Kirche arbeitet, zumindest auf Gemeindeebene, wie immer oder sogar besser. Positiv gesehen wird in der Bevölkerung auch das bildungspolitische Engagement der Kirche, das mit den beiden katholischen Universitäten, der Katholischen Universität Lublin und der Kardinal-Wyszyński-Universität in Warschau im akademischen Bereich eine wesentliche Stärkung erfuhr. Außerdem unterhält die Kirche Grund- und Hauptschulen, deren Zahl von zehn Einrichtungen während des Kommunismus auf 227 im Jahre 2002 anstieg. Gerade der Religionsunterricht in der Schule hielt in großem Maße die Religiosität der Jugend auf-

<sup>14</sup> Peter Kriedte: Katholizismus, Nationsbildung und verzögerte Säkularisierung in Polen, in: Hartmut Lehmann (Hrsg.): Säkularisierung, Dechristianisierung, Rechristianisierung im neuzeitlichen Europa, Göttingen 1997, S. 249-274. Jerzy Kłoczowski/Lidia Müllerowa/Jan Skarbek: Zarys dziejów Kościoła katolickiego w Polsce [Geschichtlicher Abriss der katholische Kirche in Polen], Kraków 1986.

<sup>15</sup> Martin Schulze Wessel: Nationalisierung der Religion und Sakralisierung der Nation im östlichen Europa, Stuttgart 2006.

<sup>16</sup> Leonid Luks: Katholizismus und politische Macht im kommunistischen Polen 1945-1989. Die Anatomie einer Befreiung, Köln 1993; Jan Siedlarz: Kirche und Staat im kommunistischen Polen 1945-1989, Paderborn u.a. 1996.

recht.<sup>17</sup> Die kirchliche Verlagstätigkeit erfuhr eine Erweiterung, es werden Periodika herausgegeben, die religiösen Themen und ihren historischen, kulturellen und gesellschaftlichen Verflechtungen gewidmet sind. Auch das bereits vor der Wende starke Milieu katholischer Intellektueller hat sich erweitert und ausdifferenziert und gewann systematisch an Stimme und Einfluss. Weithin geschätzt wird ebenfalls das soziale Engagement der Kirche: Die Caritas und zahllose Freiwilligenorganisationen betreiben Krankenhäuser, Hospize, Waisenhäuser, Suppenküchen und Therapiezentren. Im Hinblick auf die Jugend ist der polnische Verband der katholischen Jugend (*Katolickie Stowarzyszenie Młodzieży*) mit seinem rund 30.000 Mitgliedern zu nennen, die ebenfalls in zahlreichen Wohltätigkeitsorganisationen aktiv sind. Insbesondere die auf hohem Niveau stabile Religiosität unter jungen Menschen ist bemerkenswert, wird doch gerade die Jugend als die Bevölkerungsgruppe angesehen, die für den Geist gesellschaftlicher Veränderungen am stärksten empfänglich ist.<sup>18</sup> Dazu sei zuletzt auf den nicht zu unterschätzenden „Papst-Faktor“ hingewiesen, denn Papst Johannes Paul II. (1978-2005) hat als hochverehrte Leitfigur die religiöse Sozialisation einer ganzen Generation junger Polen begleitet.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus strebte die Amtskirche rasch danach, ihre politischen Anliegen im sich neu konstituierenden Staat zu verwirklichen. Dabei handelte es sich vor allem um die Wiedereinführung des Religionsunterrichts in den Schulen, die Durchsetzung eines Abtreibungsverbotes und den Abschluss eines neuen Konkordatsvertrages<sup>19</sup>. All diese Ziele erreichte sie, doch führte die Art und Weise, in der die Amtskirche in den ersten Jahren nach der Wende Politik betrieb, zu einer über ein Jahrzehnt andauernden, scharfen öffentlichen Debatte über den Platz und die Rolle der katholischen Kirche im demokratischen Polen. Denn mit dem Systemwandel veränderten sich die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen auch für die Amtskirche radikal. Sie verlor ihren Status als einzige freie gesellschaftliche Institution im kommunistischen System und stand fortan vor neuen gesellschaftlichen Heraus-

<sup>17</sup> Sabrina P. Ramet: „Dein Wille geschehe“: Zum Verhältnis zwischen katholischer Kirche und Politik in Polen seit 1989, in: Hartmut Behr (Hrsg.): Politik und Religion in der Europäischen Union. Zwischen nationalen Traditionen und Europäisierung, Wiesbaden 2006, S. 281-309.

<sup>18</sup> Grzegorz Pac: Die polnische Kirche – ewig jung?, in: Jahrbuch Polen 2009, hrsg. vom Deutschen Polen-Institut, Wiesbaden 2009, S. 46-57.

<sup>19</sup> Das Konkordat wurde 1993 unterzeichnet, aber erst 1997 im Sejm verabschiedet. Siehe dazu: Philipp Steger: Abschied vom katholischen Land? Polens Kirche nach dem Kommunismus, Wien 2001.

forderungen.<sup>20</sup> Die Kirche ihrerseits war stolz auf ihren Beitrag zum Systemwechsel, erwartete Dankbarkeit für ihr Engagement und ging davon aus, eine privilegierte Stellung in Staat und Gesellschaft einzunehmen. In kommunistischer Zeit stand die katholische Kollektividentität in Abgrenzung zur kommunistischen Herrschaft, ein klarer Antagonismus, der das Denken im „Freund-Feind-Schema“ förderte, welches sich der polnischen Gesellschaft schon während der 123 Jahre andauernden Fremdherrschaft vor der Wiedergründung des Staates 1918 tief eingepägt hatte. Da eine ideologisch abgeschottete Kollektividentität als Gegengewicht zur kommunistischen Ideologie notwendig erschien, konnte kein umfassender innerkirchlicher Pluralismus entstehen. Selbstkritische Reflexionen wurden als unzeitgemäß angesehen, weil der gemeinsame Gegner ein geeintes Auftreten erforderte.<sup>21</sup> Diese Abwehrstrategie hatte sich in Zeiten der Unfreiheit bewährt, problematisch für die folgende politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung war aber, dass die Kirche, in Siegermentalität verharrend, ihre in kommunistischer Zeit erprobte Strategie des Umgangs mit der Politik beibehielt. So verband sich schroffes Auftreten mit entschiedener Interessenpolitik. Zunächst wurde die Wiedereinführung des schulischen Religionsunterrichts per Ministeriumserlass ohne Debatte in Parlament und Öffentlichkeit durchgesetzt.<sup>22</sup> Dann wurde 1992 ein Mediengesetz verabschiedet, nach dem alle Rundfunk- und Fernsehsendungen das christliche Wertesystem respektieren müssen. Hinzu kam 1993 eines der restriktivsten Abtreibungsgesetze in Europa, das zu einem dauerhaften politischen Streitpunkt wurde.<sup>23</sup> Schließlich ist das problematische Verhalten der Kirche bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1991 beziehungsweise 1995 zu nennen, als viele Bischöfe und Pfarrer offen für bestimmte Parteien und Kandidaten predigten.<sup>24</sup>

<sup>20</sup> Manfred Spieker: Kirche und Gesellschaft im postkommunistischen Transformationsprozeß, in: Ders. (Hrsg.): Nach der Wende: Kirche und Gesellschaft in Polen und in Ostdeutschland. Sozialethische Probleme der Transformationsprozesse, Paderborn 1995, S. 11-31.

<sup>21</sup> Henryk Woźniakowski: Die Intellektuellen und die Kirche, in: Nikolaus Lobkowitz/Leonid Luks: Der polnische Katholizismus vor und nach 1989, Köln 1998, S. 43-57, hier S. 46; Józef Tischner: Der Glaube in der postkommunistischen Zeit, in: Ewa Kobylińska/Andreas Lawaty (Hrsg.): Religion und Kirche in der modernen Gesellschaft, Wiesbaden 1994, S. 38-47.

<sup>22</sup> Krzysztof Kisiński/Krzysztof Kosela/Wojciech Pawlik: Szkoła czy Parafia? Nauka religii w szkole w świetle badań socjologicznych [Schule oder Pfarrgemeinde? Der Religionsunterricht an Schulen im Licht soziologischer Forschungen], Kraków 1995.

<sup>23</sup> Philipp Steger: Abschied vom katholischen Land? Polens Kirche nach dem Kommunismus, Wien 2001.

<sup>24</sup> Dominik Hierlemann: Lobbying der katholischen Kirche. Das Einflussnetz des Klerus in Polen, Wiesbaden 2005.

Diese offensive Interessenpolitik der Kirche, verbunden mit ihrem schroffen, teils aggressiven Auftreten, stieß auch viele praktizierende Gläubige ab. Eine scharf geführte öffentliche Diskussion über die Rolle der katholischen Kirche in einer demokratischen Gesellschaft entspann sich. Unter ihrem Eindruck und unter dem Einfluss des Papstes wurde die Kirche seit Mitte der neunziger Jahre zurückhaltender, trat in eine Art demokratische Lernphase ein und entwickelte eine professionelle Informationspolitik. Durch ihr nachdrückliches, oft kategorisches Engagement hatte sie aber in den Jahren des Übergangs nicht als integrierender Faktor wirken können, sondern spaltete eher die Gesellschaft, verstärkte die politisch-gesellschaftlichen Konflikte und schied als „eine über dem politischen Streit stehende Autorität“<sup>25</sup> aus. Mit dem gemäßigteren Auftreten seit Mitte der neunziger Jahre stieg das zuvor gesunkene Ansehen der Kirche in der Gesellschaft wieder an. Noch immer kann aber der Prozess der Selbstverortung der Kirche in der demokratischen Gesellschaft und der Klärung ihres Demokratieverständnisses und ihres Verhältnisses zur Politik nicht als abgeschlossen gelten.<sup>26</sup> Und nicht erst seit der Affäre um den als Erzbischof von Warschau nominierten Stanisław Wielgus muss sich die Kirche außerdem mit der Verstrickung von Teilen des Klerus in den Staatssicherheitsdienst auseinandersetzen.<sup>27</sup>

## **2. Entwicklungen in Deutschland**

Die Situation in Deutschland stellt sich in vielerlei Hinsicht anders dar. Noch 1950 waren fast alle Deutschen Mitglied einer Religionsgemeinschaft, aber seit Anfang der 1960er Jahre hat sich die Zahl der Gläubigen und der Praktizierenden in beiden Teilen Deutschlands verringert. Dadurch wurde die vormals dominante Stellung der Kirchen in Westdeutschland erheblich abgeschwächt. In

<sup>25</sup> Zbigniew Stawrowski: Das Verhältnis der Kirche zur Demokratie in Polen 1989-1993, in: Spieker (Hrsg.): Nach der Wende: Kirche und Gesellschaft in Polen und in Ostdeutschland. Sozialethische Probleme der Transformationsprozesse, Paderborn 1995, S. 197-208.

<sup>26</sup> Dieter Bingen: Die katholische Kirche Polens zwischen Diktatur und Demokratie, in: Jahrbuch Polen 2009, hrsg. vom Deutschen Polen-Institut, Wiesbaden 2009, S. 7-21.

<sup>27</sup> Kurz vor Wielgus' Amtseinführung wurden seine Verbindungen zum polnischen Staatssicherheitsdienst in den siebziger Jahren öffentlich. Es kam zu einer kontroversen Diskussion in der polnischen Öffentlichkeit über seine bevorstehende Amtseinführung. Erst am Tag seiner Einführung, am 7.1.2007, veranlasste das Eingreifen von Benedikt XVI. Wielgus, sein Bedauern zu erklären und zurückzutreten. Siehe dazu: Adam Szostkiewicz: Der Preis des Ausnahmestatus. Polen widersetzt sich der raschen Säkularisierung, in: Jahrbuch Polen 2009, hrsg. vom Deutschen Polen-Institut, Wiesbaden 2009, S. 35-45, hier S. 38ff.

der DDR waren die (vorwiegend evangelischen) Kirchen durch den kommunistisch verordneten Atheismus unterdrückt und marginalisiert, was ihnen ein „Nischendasein“ bescherte, in dem sich mit der DDR Unzufriedene sammelten. So spielten die evangelischen Kirchen während der Wende trotzdem eine tragende Rolle im Widerstand gegen das Regime. Diese unterschiedliche gesellschaftliche Prägung wirkt bis heute fort.

Die Situation heute stellt sich folgendermaßen dar: Knapp ein Drittel der Bevölkerung gehört der römisch-katholischen Kirche an, davon bezeichnen sich 14 % als praktizierend. Ein weiteres Drittel der Deutschen besteht aus Mitgliedern der evangelischen Landeskirchen.<sup>28</sup> Außerdem leben zwischen 3,8 und 4,3 Millionen Muslime in Deutschland.<sup>29</sup> Der Islam gewinnt durch die Zuwanderung von Muslimen sowie deren höhere Geburtenraten zunehmend an Bedeutung für die Religionslandschaft in Deutschland. Mit 32,5 % konfessionsloser Bevölkerung weist die Bundesrepublik einen etwa doppelt so hohen Anteil wie der internationale Durchschnitt auf. Allerdings sind gerade hinsichtlich der Konfessionslosen signifikante Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern zu beobachten. In den alten Bundesländern finden sich deutlich höhere Anteile konfessionell gebundener Bürger als in den neuen. Zählt man Katholiken und Protestanten zusammen, sind etwa drei Viertel der Bürger der alten Bundesländer, aber nur ein Viertel der Deutschen in den neuen Bundesländern Mitglied einer Kirche. Letztere sind fast ausschließlich Protestanten, während auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik Katholiken und Protestanten etwa gleich stark vertreten sind. In den alten Bundesländern hatten beide Konfessionen in den letzten 25 Jahren einen langsamen, aber stetigen Rückgang der Mitgliederzahlen zu verzeichnen, was bedeutet, dass sich die Bevölkerung von den beiden großen Kirchen zunehmend abwendet. Gleichzeitig wuchs der Anteil konfessionsloser Bürger. Im Jahr 2006 war etwa ein Sechstel der Menschen in den alten Bundesländern konfessionslos, in den neuen Bundesländern waren es etwa zwei Drittel. Die wichtigsten Gründe für Kirchenaustritte sind die persönliche Nicht-Identifikation mit den Werten und Regeln der entsprechenden Religionsgemeinschaft, die innere Abkehr vom Glauben sowie der Unwille, die Pflichten, die eine Kirchenmitgliedschaft mit sich bringt (Kirchensteuer), zu erfüllen. Für die

<sup>28</sup> Katholische Kirche in Deutschland. Statistische Daten 2007, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 2009 (Arbeitshilfen 231), S. 12.

<sup>29</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Muslimisches Leben in Deutschland, Berlin, Juni 2009, [http://www.bmi.bund.de/cln\\_095/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Politik\\_Gesellschaft/DIK/vollversion\\_studie\\_muslim\\_leben\\_deutschland\\_.html?nn=102630](http://www.bmi.bund.de/cln_095/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Politik_Gesellschaft/DIK/vollversion_studie_muslim_leben_deutschland_.html?nn=102630).



DDR gilt außerdem, dass Kirchenmitglieder oftmals beruflich oder gesellschaftlich benachteiligt waren. Sowohl bei den Katholiken als auch bei den Protestanten gibt es einen jeweils ca. 15 % umfassenden Anteil von Kirchenmitgliedern, für die Religiosität keine oder nur marginale Bedeutung hat.<sup>30</sup> Ebenso wie die Mitgliederzahlen der großen Kirchen sanken, so sank auch die Häufigkeit des Kirchgangs. Sie zeigt den Grad der aktiven Teilnahme am religiösen Leben deutlicher als die bloße Zugehörigkeit zur Kirche. Bei der Kirchgangshäufigkeit ist allerdings ein konfessioneller Unterschied zu beachten, denn Katholiken und evangelische Freikirchler besuchen in der Regel jeden Sonntag den Gottesdienst, für Mitglieder der evangelischen Kirche hat der wöchentliche Gottesdienstbesuch einen geringeren Stellenwert. Die katholische Kirche ermittelte zum Beispiel an ihren beiden „Zählsonntagen“ im Jahr 2007 im Durchschnitt 13,7 Gottesdienstteilnehmer je 100 Kirchenmitglieder.<sup>31</sup> Die Entwicklung verläuft seit Jahren kontinuierlich mit abnehmender Tendenz (1990: 21,9 %) und verweist auf einen Wandel im Beteiligungsverhalten generell. Auch die Zahl der Taufen ist zwischen 1990 und 2007 um 38 % gesunken, bei den Trauungen waren es 2007 42 % weniger als 1990, allerdings war die Zahl nach rasanter Rückentwicklung in den neunziger Jahren zuletzt nahezu gleichbleibend. Während die Kirchgangshäufigkeit in den alten Bundesländern seit 1980 von 30 auf etwa 20 % gesunken ist, liegt sie in den neuen seit 1991 gleichbleibend bei rund 5 %. Betrachtet man nur die Kirchenmitglieder, dann ist sie mit 22 % in den alten und 20 % in den neuen Bundesländern etwa gleich. Anders als in Polen nimmt die Kirchgangshäufigkeit in Deutschland mit dem Alter signifikant zu. Eine interessante Beobachtung ist, dass auf dem Gebiet der alten Bundesländer Eltern häufiger konfessionsgebunden sind und auch häufiger regelmäßig zur Kirche gehen als Personen, die keine Kinder haben.<sup>32</sup> Ein derartiger Zusammenhang ist für die neuen Bundesländer nicht erkennbar.

Situation und Entwicklung in Deutschland scheinen also die Säkularisierungsthese zu bestätigen. Allerdings gibt es auch zahlreiche Hinweise, die dieser Interpretation entgegenstehen: Im Jahr 1995 gaben 24 % der Bevölkerung an, sich

<sup>30</sup> Stefan Huber/Constantin Klein: Religionsmonitor der Bertelsmann-Stiftung, S. 26, [http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-2D29DDC8-984C94D5/bst/detailergebnisse\\_deutschland.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-2D29DDC8-984C94D5/bst/detailergebnisse_deutschland.pdf).

<sup>31</sup> Allerdings ist davon auszugehen, dass die tatsächlichen Zahlen leicht darüber liegen, vgl. Katholische Kirche in Deutschland. Statistische Daten 2007, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 2009 (Arbeitshilfen 231), S. 28f.

<sup>32</sup> Statistisches Bundesamt, Datenreport 2008, S. 380f.

für Religiosität zu interessieren, 2006 waren es dagegen 33 %.<sup>33</sup> Die Zahl der Austritte aus der katholischen Kirche ist seit 1993 rückläufig.<sup>34</sup> In den letzten Jahren haben in der deutschen Gesellschaft Fragen von Religion und Religiosität in der öffentlichen Diskussion an Raum und Bedeutung gewonnen: Die Philosophie wendet sich wieder vermehrt religiösen Fragestellungen zu, dezidiert christliche Intellektuelle treten auf, aber auch die mediale Aufmerksamkeit für den Tod Johannes Pauls II., für den Weltjugendtag 2005 in Köln und für den deutschen Papst Benedikt XVI. macht Kirche und Religion in Deutschland wieder stärker sichtbar, als es noch vor wenigen Jahren der Fall war. Nicht nur die Existenz des Islam in Deutschland zwingt zur Auseinandersetzung über die Rolle der Religion in der Gesellschaft<sup>35</sup>, diese Debatte wird auch anhand christlicher Thematik geführt: Das Volksbegehren „Pro Reli“<sup>36</sup> in Berlin löste eine deutschlandweite Diskussion über den Religionsunterricht in Schulen aus und sammelte viel mehr Unterschriften als erwartet; die Auseinandersetzung zwischen Karl Kardinal Lehmann und dem muslimischen Publizisten Navid Kermani anlässlich der Verleihung des Hessischen Kulturpreises beschäftigte wochenlang die Feuilletons<sup>37</sup> – die Reihe ließe sich fortsetzen. Es scheint sich die These von Jürgen Habermas zu bewahrheiten, nach der wir in einer „postsäkularen Gesell-

<sup>33</sup> Hubert Rottleuthner: Wie säkular ist die Bundesrepublik?, in: Matthias Mahlmann/Hubert Rottleuthner (Hrsg.): Ein neuer Kampf der Religionen? Staat, Recht und religiöse Toleranz, Berlin 2006, S. 13-42, hier S. 18.

<sup>34</sup> Katholische Kirche in Deutschland. Statistische Daten 2007, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 2009 (Arbeitshilfen 231), hier S. 25ff.

<sup>35</sup> Diskussionsgegenstände waren zum Beispiel das sogenannte „Kopftuchurteil“ (BVerfGE 108, 282) sowie das „Schächturteil“ (BVerfGE 104, 337) oder der Bau der DITIB-Zentralmoschee in Köln-Ehrenfeld.

<sup>36</sup> Das Volksbegehren hatte zum Ziel, das Schulgesetz Berlins zu ändern und eine nach Konfessionen getrennte Wahlpflichtgruppe Ethik/Religion ab der ersten Klasse einführen. Im Volksentscheid am 26. April 2009 wurde der Gesetzentwurf mit knapper Mehrheit abgelehnt (51,3 % dagegen, 48,5 % dafür). Zudem wurde das notwendige Zustimmungsquorum von 25 % der Stimmberechtigten mit 14,2 % deutlich verfehlt. Die Ergebnisse spiegelten exakt die Ost-West-Teilung der Stadt wider: Im ehemaligen Westteil überwogen die Befürworter mit über 60 % Zustimmung, im ehemaligen Ostteil optierte eine deutliche Mehrheit von über 70 % dagegen.

<sup>37</sup> Kardinal Lehmann sollte zusammen mit Vertretern anderer Religionen mit dem Hessischen Kulturpreis 2009 ausgezeichnet werden. Er lehnte jedoch, gemeinsam mit Peter Steinacker, dem ehemaligen Kirchenpräsidenten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, eine gleichzeitige Verleihung an Navid Kermani wegen dessen Äußerungen zum christlichen Kreuz ab, weshalb die Preisverleihung verschoben wurde. Vgl. die Pressemitteilung der Hessischen Staatskanzlei vom 18.5.2009 sowie die Stellungnahme des Kardinals: Lehmann: Kein Respekt vor dem Glauben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.5.2009.

schaft“ leben, in der religiöse Argumente im öffentlichen und politischen Raum Geltung beanspruchen können.<sup>38</sup>

Die These, dass Religiosität eine nur noch marginale Rolle in der deutschen Gesellschaft spiele, lässt sich jedenfalls schwerlich aufrecht erhalten.<sup>39</sup> Dennoch sind zahlreiche Veränderungen zu konstatieren. Umfragen bestätigen, dass viele Menschen sich als religiös bezeichnen und religiös sein wollen. Jedoch führt dieser Wunsch in vielen Fällen nicht zur Hinwendung zu den großen Kirchen.<sup>40</sup> Stattdessen ist zu beobachten, dass der Einzelne seine religiöse Sinnsuche eher auf spirituelle Angebote ausrichtet, die jenseits der herkömmlichen Konfessionen und Religionen angesiedelt sind. Es scheint, dass die traditionellen Religionen nicht als etablierte Kirchen überzeugen, sondern durch das täglich neu zu schaffende Engagement und die situative Überzeugungskraft der Glaubensgemeinschaften leben. Diese Beobachtung erfährt Unterstützung durch den Blick nach Nord- und Südamerika. Religiöse Gemeinschaften können in der Weltgesellschaft offenbar nicht länger absolute Wahrheiten in ihren jeweiligen kulturellen Kontexten verkünden, sondern sie stehen mit anderen Wahrheitsansprüchen in einem Wettbewerb. Einerseits werden ererbte religiöse Kollektividentitäten durch die heute mögliche individuelle Religionswahl untergraben, andererseits erlaubt die Globalisierung den Menschen, aus einem erweiterten Angebot schöpfen zu können. Von dieser Entwicklung profitieren derzeit neben esoterischen Strömungen vor allem die sogenannten „Evangelikalen“ und Freikirchen<sup>41</sup>. Auf diese Erkenntnis reagieren auch die großen Kirchen in Deutschland und versuchen, mit neuen Angeboten wie City-Kirchen, offenen Kirchen, meditativen Angeboten, Themengottesdiensten, Milieu-Orientierung und Profilgemeinden der Sinnsuche kirchlich nicht Gebundener offenzustehen. Damit versuchen sie auch auf einen tieferen Wandel im Verhaltensmuster Gläubiger von einer „habituellen“, nämlich gewohnten und erlernten, selbstverständlich regel-

<sup>38</sup> Jürgen Habermas: Glauben und Wissen. Friedenspreisrede 2001, in: Ders.: Zeitdiagnosen. Zwölf Essays 1980-2001, Frankfurt am Main 2003, S. 249-262. Dazu auch: Markus Knapp: Glauben und Wissen bei Jürgen Habermas. Religion in einer „postsäkularen“ Gesellschaft, in: Stimmen der Zeit, 226 (2008) 4, S. 270-280.

<sup>39</sup> Siehe Detlef Pollack: Die Entwicklung von Religion und Kirche in Ost- und Westdeutschland, in: Gerd Nollmann/Hermann Strasser (Hrsg.): Woran glauben? Religion zwischen Kulturkampf und Sinnsuche, Essen 2007, S. 78-110.

<sup>40</sup> Siehe Hubert Rottleuthner: Wie säkular ist die Bundesrepublik?, in: Matthias Mahlmann/Hubert Rottleuthner (Hrsg.): Ein neuer Kampf der Religionen? Staat, Recht und religiöse Toleranz, Berlin 2006, S. 13-42.

<sup>41</sup> Die Zahl der Mitglieder in Freikirchen in Deutschland steigt, vgl. Karl Gabriel: Kirchen, Religion und Religiosität in Deutschland, in: Tobias Mörschel (Hrsg.): Macht Glaube Politik? Religion und Politik in Europa und Amerika, Göttingen 2006, S. 103-114.

mäßigen, auch am „Sonntagsgebot“ orientierten Teilnahme hin zu einer je gewählten – und immer wieder neu zu wählenden – Teilnahme zu reagieren. Auch in Deutschland scheint der Weg in eine fragmentierte, brüchige und in den lokalen Gemeinden verankerte Religionslandschaft zu führen.

Wenden wir vor diesem Hintergrund den Blick zurück auf Polen und versuchen, aus dem Vergleich der so unterschiedlichen Situationen weiterführende Schlüsse zu ziehen.

### **3. Schlussfolgerungen**

War Polen bis in die Frühe Neuzeit hinein eine konfessionell gemischte Gesellschaft, so setzte sich aufgrund der Entwicklungen der Teilungszeit ein besonderes Selbstverständnis der polnischen Nation als katholische Nation durch, was automatisch mit der Exklusion der anderen Konfessionen und Glaubensrichtungen als „nicht polnisch“ verbunden war. Seit dem Zweiten Weltkrieg war Polen tatsächlich ein nahezu homogen katholischer Staat, in dem sich die ohnehin schon außergewöhnlich enge Verbindung von Nation und Religion durch die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und der Volksrepublik zu einem geradezu symbiotischen Verhältnis entwickelte.

Anders die Entwicklung in Deutschland: Als vormoderne Staatsnation ebenso wie als ethnisch verstandene Nation immer konfessionell gespalten, konnte sich eine enge Verknüpfung von Nation und Konfession nicht bilden, zumal die Gründung des Zweiten Reiches als preußisch-protestantisch-kleindeutsches Projekt den deutschen Katholiken nicht erst mit dem Kirchenkampf Identifikationshindernisse bescherte. Besonders deutlich werden die unterschiedlichen Entwicklungen auch in der Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg, als in Deutschland die gesamtgesellschaftliche und die lebensweltliche Bedeutung von Religion und Religiosität stetig abnahmen und das Jahr 1968 für völlig andere Erfahrungen stand als in Polen, wo die Kirche als Schutzraum gegen Unterdrückung eine dezidiert positive Rolle spielte. Der historische Hintergrund zur Betrachtung der heutigen Situation ist also höchst verschieden, so dass die Unterschiedlichkeit des Bildes, das beide Gesellschaften unter religiösem Aspekt zur Zeit abgeben, nicht überraschen kann.

Während in Polen in den letzten 20 Jahren im Grunde keine Veränderungen im Verhältnis zu Religion und Religiosität zu beobachten sind, obwohl es im Verhältnis von Gesellschaft, Politik und Amtskirche einige Turbulenzen gab und

gibt, hat sich in Deutschland die bereits seit den sechziger Jahren zu beobachtende Abwendung der Menschen von den großen Kirchen fortgesetzt. Die polnische Situation bietet kaum Anhaltspunkte für die Gültigkeit der Säkularisierungsthese, die deutsche dagegen zeigt ein scheinbar widersprüchliches Bild: Zwar verlieren die traditionellen Konfessionen und Kirchen an Bindungskraft und Einfluss und wenden sich die Menschen eher individuellen, „selbstgebastelten“ Religionsentwürfen zu. Die Kirchen spielen für die soziale Integration heute in Deutschland – ganz im Gegensatz zu Polen<sup>42</sup> – eine nur noch untergeordnete Rolle. Das Bedürfnis der Mehrheit der Bevölkerung nach Spiritualität und religiöser Sinnsuche scheint aber bestehen zu bleiben, so dass man zwar mit gewisser Berechtigung von „Entchristlichung“ und „Entkirchlichung“ sprechen kann, nicht aber davon, dass das Bedürfnis nach Religion absterbe.

Und wie geht es weiter? Tatsache ist, dass der Pluralismus erst heute gleichsam in alle Winkel der Gesellschaft vordringt und dass diese Entwicklung in Polen deutlich später eingesetzt hat als in Deutschland. Analogien fallen schwer, da es eine so stark pluralistische Gesellschaft wie die heutige bis zum Durchbruch der Moderne nicht gegeben hat. Die Frage, was eine pluralistische Gesellschaft letztlich zusammenhält, ist offen. Eine Gesellschaft ohne Wertorientierung, die religiös-kulturell vorausgesetzt, verbindlich und autoritativ geschützt ist, eine fragmentierte, pluralistische Gesellschaft, muss eine solche Orientierung immer erst neu in Konflikt und Dialog hervorbringen, ihren Minimalkonsens ständig neu schaffen. Da stellt sich die Frage, ob Polen, als eine Gesellschaft mit vergleichsweise lebendiger verbindlicher Wertorientierung, für die Herausforderungen der Zukunft besser gerüstet ist. Die Zukunft bleibt spannend.

<sup>42</sup> CBOS, BS/152/2008: Rzeczywistość parafialna. Opinie z lat 2005 i 2008 [Die Wirklichkeit in der Pfarrgemeinde. Meinungen aus den Jahren 2005 und 2008], Warszawa, Oktober 2008.

*Daria W. Dylla*

# **Sicherheitspolitische Überlegungen im Herzen Europas**

## **1. Einführung**

Mit der Erhöhung des formellen Integrationsgrades zwischen Staaten wird des Öfteren eine positive Einwirkung auf ihre Beziehungen und eine Abschwächung der tatsächlichen oder vermeintlichen Unvereinbarkeit der Positionen, die Staaten einnehmen, erwartet.<sup>1</sup> Doch im Hinblick auf das deutsch-polnische bzw. das französisch-polnische Verhältnis trotz diese Erwartung. Trotz der Mitgliedschaft Polens in der NATO (1999) und der EU (2004) lassen sich in den letzten Jahren deutliche Positionsdifferenzen zwischen Paris, Berlin auf der einen Seite und Warschau auf der anderen Seite beobachten. Anstatt das kooperative Verhalten zu fördern bzw. gegensätzliche Tendenzen abzuschwächen, sind die NATO und die EU eher zu Plattformen geworden, auf denen erstens der Katalog der spannungsgeladenen Fragen ausgeweitet, zweitens die jeweils bilateralen Probleme internationalisiert und drittens eine direkte Konfrontation der divergierenden Vorstellungen Polens, Frankreichs und Deutschlands ermöglicht wurden, wodurch diese noch sichtbarer wurden.

Die Auseinandersetzungen der letzten Jahre brachen vor allem in den unterschiedlichen und, was noch wichtiger ist, miteinander konkurrierenden sicherheitspolitischen Konzepten Warschaus, Berlins und Paris aus. Einige Beispiele sollen im Folgenden kurz skizziert werden:

Divergierende Einstellungen der Staaten des Weimarer Dreiecks bezüglich der ordnungspolitischen Konzeptionen – unipolare *versus* multipolare Weltordnung – wurden zum ersten Mal in aller Deutlichkeit während der Irakkrise 2002/2003

erkennbar. So haben sich Paris und Berlin gegen eine politische und militärische Unterstützung der USA in ihrer Irakpolitik entschieden, während sich Warschau durch die Unterzeichnung des „Briefs der Acht“ im Januar 2003 und die Entsendung von Soldaten in den Irakkrieg im März 2003 als einer der loyalsten Verbündeten der USA profiliert hat. Gemäß der Einschätzung von Politologen und Publizisten wird die Irak-Entscheidung Polens einerseits als demonstrative Ablehnung der deutsch-französischen Vorstellung einer sich von Amerika allmählich emanzipierenden Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union, andererseits als eine *bandwagoning*-Position gegenüber den USA betrachtet. Deutschlands und Frankreichs Ablehnungspolitik wird hingegen oftmals als Form des *soft balancing* gegenüber Washington interpretiert:

„[B]y adopting a unified position, these nations were able to deny the United States the legitimacy it had sought and thereby impose greater political and economic costs on Bush’s decision to go to war“.<sup>2</sup>

Gravierende Unterschiede in den deutschen, französischen und polnischen Präferenzen bezüglich der hegemonialen Stellung der USA und ihrer militärischen Anwesenheit auf dem europäischen Kontinent manifestierten sich im Verlauf der Debatte über die Stationierung von Teilen des US-Raketenabwehrsystems (*Ballistic Missile Defense* [BMD]) u. a. auf polnischem Territorium. Während die deutschen und französischen Politiker aufgrund des bilateralen, polnisch-amerikanischen Charakters der Gespräche über das BMD-System von einer „Spaltung Europas“ ausgingen und die Diskussion über die Stationierung der Abwehrsystemelemente in Europa im Rahmen der NATO einforderten, zeigten sich die polnischen Entscheidungsträger von Anfang an positiv gegenüber der Aufstellung der US-Basis auf polnischem Terrain eingestellt.<sup>3</sup> Überdies wurde

<sup>1</sup> Werner Link: Überlegungen zum Begriff „Konflikt“ in den Internationalen Beziehungen – Versuch der Begriffsklärung, in: Politische Vierteljahresschrift, 20 (1979) 1, S. 33-50, S. 41.

<sup>2</sup> Stephen W. Walt: Taming American Power: The Global Response to U.S. Primacy, New York 2005, S. 130 f. Vgl. dazu auch Josef Joffe: Guliver unbound. Can America rule the Word, in: The Sydney Morning Herald vom 6.8.2003, <http://www.smh.com.au/articles/2003/08/05/1060064182993.html>, Zugriff 1.9.2009; Jack S. Levy: What Do Great powers Balance Against and When?, in: T.V. Paul/James Wirtz/Michel Fortmann (Hrsg.): Balance of Power. Theory and Practice in the 21st Century, Stanford 2004, S. 29-51, S. 51, Anm. 42.

<sup>3</sup> Vgl. Thomas Jäger/Daria W. Dylla: Ballistic Missile Defense und polnische Sicherheitsinteressen: Eine Analyse der Diskussion über die Stationierung der US-Raketenbasis auf polnischem Territorium, in: Thomas Jäger/Daria W. Dylla (Hrsg.): Deutschland und Polen in der europäischen und internationalen Politik, Wiesbaden 2008, S. 289-232.

die atlantische Allianz in Warschau als alles andere als Vermittler in dieser Frage gedeutet: „Wir sind ein NATO-Mitglied, dennoch verbergen wir nicht, dass es uns um eine polnisch-amerikanische Vereinbarung geht und nicht um eine Vereinbarung im Rahmen der NATO“, gab der polnische Verteidigungsminister Aleksander Szczygło Anfang Juni 2007 unmissverständlich zu.<sup>4</sup>

Einen weiteren Konfliktherd in den Beziehungen der Staaten des Weimarer Dreiecks stellen die jeweilige Russlandpolitik sowie die konkurrierende Sicht dieser Länder in Bezug auf die Behandlung Moskaus im Rahmen der Europäischen Union dar. Differenzen zwischen Deutschland und Polen zeigten sich etwa bei der umstrittenen Frage des deutsch-russischen Bauprojektes der Ostsee-Pipeline wie auch bei der von Warschau durch das Einlegen des Vetos Ende 2006 blockierten Verlängerung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und der Russischen Föderation. Im zweiten Fall standen deutsche und französische Interessen an bilateral organisierten Beziehungen mit Moskau der klaren Präferenz Polens für eine gemeinsame EU-Russlandpolitik (und das heißt primär für eine gesamteuropäische Energiepolitik) gegenüber.

Als letztes Beispiel für die Differenzen in den außenpolitischen Grundlinien Deutschlands, Frankreichs und Polens lassen sich die gegensätzlichen Vorschläge Warschaus auf der einen Seite und Berlins und Paris' auf der anderen Seite in Hinsicht auf die Stimmengewichtung im EU-Ministerrat anführen, die auf dem EU-Gipfel im Juni 2007 in aller Schärfe zum Ausdruck kamen. Während Polen auf dem „Quadratwurzel“-Verfahren beharrte und mit einer Blockade der weiteren Arbeiten an der EU-Verfassung drohte, wollten sich Frankreich und vor allem Deutschland mit dem System der sogenannten doppelten Mehrheit durchsetzen.<sup>5</sup>

Doch an dieser Stelle ist das Folgende festzuhalten: Die inkompatiblen Antworten der wichtigen regionalen Mittelmächte auf die internationalen bzw. ordnungspolitischen Herausforderungen können sich nicht zuletzt als essenziell für das Tempo der Weiterentwicklung der Europäischen Integration und deren Gestalt erweisen. Dies bedeutet, dass die konkurrierenden Außenpolitiken Deutschlands, Frankreichs und Polens durchaus Einfluss auf die (Un-)Möglichkeit der Selbstbehauptung Europas in der Weltpolitik ausüben können. Vor diesem Hin-

<sup>4</sup> Aleksander Szczygło: Polnische Presseagentur (PAP) vom 6.6.2007.

<sup>5</sup> Vgl. Helmut P. Gaisbauer: Polens Vorstellungen zur künftigen Gestalt der EU und dem Grad polnisch-deutscher Kooperation, in: Thomas Jäger/Daria W. Dylla (Hrsg.): Deutschland und Polen in der europäischen und internationalen Politik, Wiesbaden 2008, S. 57-79, S. 71 f.



tergrund stellt sich die Frage, warum Polen auf der einen sowie Deutschland und Frankreich auf der anderen Seite inkompatible außenpolitische Entscheidungen treffen. Da das vorliegende Papier einen Essaycharakter hat, kann diese Frage nicht ausführlich thematisiert und gegebenenfalls beantwortet werden. Im Folgenden werde ich skizzenhaft einen Analyserahmen anbieten, der eine Annäherung an die Erklärung der jeweiligen Außenpolitik der Staaten des Weimarer Dreiecks verspricht. Abschließend werde ich dieses Analyseschema auf Deutschland, Polen und Frankreich anwenden, wobei der Schwerpunkt auf die Entscheidungen Warschaus gelegt wird. Weitere theoretisch-empirische Studien werden benötigt, um das hier skizzierte Konzept auszuarbeiten.<sup>6</sup>

### **2. *Balance of threat*-Theorie**

Ein nützliches Werkzeug für die Erklärung der unterschiedlichen Außenpolitiken der Staaten des Weimarer Dreiecks bietet die *balance of threat*-Theorie (Theorie des Bedrohungsgleichgewichts) von Stephen Walt. Wie bei allen auf neorealistischen Annahmen basierenden Theorien, stellt den Ausgangspunkt für die *balance of threat*-Theorie die Struktur des internationalen Systems dar. Diese wird definiert erstens durch das Ordnungsprinzip Anarchie, d. h. das Fehlen einer zentralen, übergeordneten Instanz, die verbindlich Recht setzen bzw. durchsetzen kann, und zweitens durch die Verteilung von Machtfähigkeiten (*capabilities*) auf die Staaten. Aus der internationalen Machtverteilung sowie der sich hieraus ergebenden Polarität des internationalen Systems wird die relative Machtposition eines jeden Staates abgeleitet, d. h. seine Stellung im internationalen System, welche sein Verhalten in entscheidender Weise prägt.<sup>7</sup>

Das Fehlen einer autoritativen Machtinstanz mit der Sanktionsgewalt im internationalen System hat zur Folge, dass Staaten für ihre Überlebenschancen selbst Sorge tragen müssen. Aus diesem Grund fungiert das internationale System als

<sup>6</sup> Zu einem Versuch, in dem die Position Polens aus der Perspektive der Theorie des doppelten Überlebensprinzips, in der die *balance of threat*-Theorie einen Grundbaustein darstellt, dargelegt wurde, s. Daria W. Dylla: Die Theorie des doppelten Überlebensprinzips. Vom Machterhalt via rational choice zur Außenpolitik, in: Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Außenpolitik (AIPA), Nr. 2, 2009, [http://www.jaeger.uni-koeln.de/fileadmin/templates/publikationen/aipa/AiIPA\\_2\\_2009.pdf](http://www.jaeger.uni-koeln.de/fileadmin/templates/publikationen/aipa/AiIPA_2_2009.pdf), Zugriff: 1.9.2009.

<sup>7</sup> Colin Elman: Horses for Courses: Why Not Neorealist Theories of Foreign Policy, in: *Security Studies*, 6 (1996) 1, S. 7-53, S. 10.

dezentralisiertes Selbsthilfesystem.<sup>8</sup> Da letztendlich jeder Staat primär mit der Entwicklung von denjenigen Strategien und Taktiken beschäftigt ist, welche sein Überleben – auch auf Kosten anderer Staaten – sichern helfen, so können die staatlichen Intentionen gegenüber anderen Staaten nicht mit Sicherheit ermittelt werden. Da aber kein Staat vorhersehen kann, welcher Staat in Zukunft gegen ihn seine *capabilities* aggressiv einsetzen wird, lautet das fundamentale Ziel eines jeden Staates, „to prevent others from achieving advance in their relative capabilities“.<sup>9</sup> Dies erschwert wiederum die zwischenstaatliche Zusammenarbeit, denn jeder Staat muss in erster Linie darauf achten, dass sein Kooperationspartner nicht mehr gewinnt als er selbst. Weil internationale Institutionen nicht in der Lage sind, die Angst vor Betrug, vor der Abhängigkeit sowie vor dem Verlust an relativen Gewinnen abzuschwächen,<sup>10</sup> wird diesen im Rahmen der realistischen Schulen – im Sinne zwischenstaatlicher Verhaltenskoordinierung – keine herausgehobene Rolle zugewiesen. Das heißt aber keineswegs, dass sie ganz ausgeblendet würden. Vielmehr wird von vielen Realisten erkannt, dass institutionalisiertes, kooperatives Verhalten zur Einflussvergrößerung sowie zur Reduktion von Abhängigkeiten – und hierdurch zur Vergrößerung der eigenen Überlebensfähigkeit – beitragen kann.

Das primäre Ziel eines jeden Staates stellt für Realisten das staatliche Überleben dar. Das Staatsüberleben wird hier zum einen im physischen Sinne als territoriale Integrität, zum anderen im politischen Sinne als Selbstbestimmung über die eigene sozioökonomische und politische Ordnung, d. h. im Kontext der staatlichen Handlungsautonomie verstanden.<sup>11</sup> Erst dann, wenn keine akute Gefahr für das staatliche Überleben ausgemacht wird, können ebenfalls andere, auf das Überleben nur indirekt bezogene Ziele angestrebt werden.<sup>12</sup>

<sup>8</sup> Kenneth N. Waltz: *Theory of International Politics*, Reading, MA 1979, S. 118.

<sup>9</sup> Joseph Grieco: *Anarchy and the Limits of Cooperation: A realist critique of the Newest liberal Institutionalism*, in: Charles W. Kegley Jr. (Hrsg.): *Controversies in International Relations Theory. Realism and the Neoliberal Challenge*, Princeton 1995, S. 151-171, S. 161.

<sup>10</sup> Joseph Grieco: *State Interests and International Rule Trajectories: A Neorealist Interpretation of the Maastricht Treaty and European Economic and Monetary Union*, in: *Security Studies*, 5 (1996) 3, S. 261-305, S. 283.

<sup>11</sup> Jack S. Levy: *What Do Great powers Balance Against and When?*, in: T.V. Paul/James Wirtz/Michel Fortmann (Hrsg.): *Balance of Power. Theory and Practice in the 21st Century*, Stanford 2004, S. 29-51, S. 32.

<sup>12</sup> Vgl. Kenneth N. Waltz: *Theory of International Politics*, Reading, MA 1979, S. 91 f.; Bruce Bueno de Mesquita: *Neorealism's Logic and Evidence: When is a Theory Falsified?*, in: Colin Elman/John Vasquez (Hrsg.): *Realism and the Balancing of Power: A New Debate*, Englewood Cliffs 2003, S. 166-197, S. 168.

Während aber der strukturelle Realismus nach Kenneth Waltz behauptet, dass Staaten bei der Suche nach der Sicherheitsmaximierung gegen denjenigen Staat ihre Bestrebungen richten, dessen Machtfähigkeiten größer als die eigenen sind, nimmt Stephen Walt an, dass diese Bestrebungen primär auf diejenigen Staaten bezogen werden, die als gefährlich wahrgenommen werden. Die Grundannahmen seiner *balance of threat*-Theorie beschreibt Walt wie folgt:

„[S]tates balance against the states that pose the greatest threat, and the latter need not be the most powerful states in the system. (...) Whereas balance of power theory predicts that states will react to imbalances of power, balance of threat theory predicts that when there is an imbalance of threat (i.e., when one state or coalition appears especially dangerous), states will form alliances or increase their internal efforts in order to reduce their vulnerability“.<sup>13</sup>

Gegenüber welchem Staat balanciert wird, ist nach Walt somit keine Frage der objektiven, sondern vielmehr der subjektiven, das heißt wahrgenommenen Bedrohung, die von Walt als besonders relevant erachtet wird.<sup>14</sup> Aus dieser Sicht geht es weniger darum, ob eine Bedrohung möglich ist, sondern eher darum, inwieweit diese als wahrscheinlich eingeschätzt wird. Die Wahrscheinlichkeit der Bedrohung kann wiederum durch drei Determinanten festgelegt werden.

Die erste Determinante der Perzeption von Bedrohungsquellen – die aggregierte Macht – bezieht sich zunächst einmal auf das Verhältnis der eigenen staatlichen Ressourcen zu denen anderer Staaten. Hierbei soll die Verteilung der Fähigkeiten gemessen und hierdurch die relative Machtposition des Staates festgelegt werden.

Die relative aggregierte Macht eines Staates bildet in der *balance of threat*-Theorie eine wichtige, wenngleich nicht (wie in den neorealistischen Modellen) die einzige Determinante zur Identifizierung von Bedrohung.<sup>15</sup> Die Sicherheitsgefahr resultiert nämlich ebenfalls aus der geografischen Nähe von mächtigeren Staaten, was in der Annahme begründet liegt, dass die Fähigkeit der Machtprojektion mit der Distanz abnimmt.<sup>16</sup> Stephen Walt drückt es mit Blick auf die Allianzbildung wie folgt aus:

<sup>13</sup> Stephen W. Walt: *The Origins of Alliances*, Ithaca, NY 1987, S. 263.

<sup>14</sup> Ebd., S. 25.

<sup>15</sup> Ebd., S. 23.

<sup>16</sup> Paul Hensel: *Territory: Theory and Evidence on Geography and Conflict*, in: John A. Vasquez (Hrsg.): *What Do We Know about War?*, Boulder, CO 2000, S. 6. Doch nicht nur die Fähigkeit, sondern auch der Nutzen nimmt mit der Distanz ab, wie es Bruce Bueno de Mesquita begründet (s. Bruce Bueno de Mesquita: *The War Trap*, New Haven 1981). Die militärtechnologische Entwicklung, hierbei vor allem die Verbreitung der

„[S]tates that are nearby pose a greater threat than those that are far away. Other things being equal, states are more likely to take their alliance choice in response to nearby powers than in response to those that are distant“.<sup>17</sup>

Daraus resultiert, dass Staaten bei der Bestimmung ihrer außenpolitischen Strategien und Taktiken das Augenmerk insbesondere auf die unmittelbaren Nachbarn richten sowie auf diejenigen Staaten, die einen entscheidenden Einfluss auf die regionale Ordnungspolitik ausüben, deren Nähe also durch ihren Einfluss auf die eigene unmittelbare Umgebung manifest wird.<sup>18</sup>

Die dritte Determinante der Bedrohungswahrnehmung bildet die Wahrnehmung von Intentionen anderer Staaten.<sup>19</sup> Die Intentionenwahrnehmung soll Auskunft darüber geben, ob der Staat, der aufgrund seiner Ressourcenüberlegenheit und einer geringen geografischen Distanz als potenzielle Bedrohung gelten könnte, auch beabsichtigt, von seinem Potenzial gegenüber dem schwächeren Staat Gebrauch zu machen. Die Perzeption von Intentionen anderer Staaten wird hier als Resultat von drei Faktoren konzipiert, die im Folgenden kurz skizziert werden sollen. Da Walt in seinem Modell nur den dritten Aspekt in Erwägung zieht, wird sein Konzept in dieser Hinsicht erweitert.

Einfluss auf die Perzeption von Intentionen anderer Staaten hat erstens die Analyse von Konsequenzen, die der potenziell bedrohliche Staat, sollte er den eigenen Staat angreifen, erwarten kann. Diese Konsequenzen können sich aus dem Verhalten anderer Staaten (etwa den Alliierten des eigenen Staates) sowie aus den innenpolitischen Bedingungen, die den Handlungsspielraum des potenziellen Aggressors bestimmen, ergeben. Mithilfe dieser Kosten-Nutzen-Kalkulation erhofft sich der Staat eine Antwort darauf zu finden, ob es sich für den gefährlichen Staat (ungeachtet dessen Rhetorik oder dessen vergangenen Verhaltens)

Massenvernichtungswaffen sowie die neue asymmetrische Form der Kriegsführung, macht diese Annahme nicht obsolet, sondern erhöht die Zahl an Fällen, in denen territoriale Konflikte und Kriege nicht zwischen Nachbarn stattfinden. Dennoch kämpfen die Nachbarstaaten, wie Paul Hensel anhand empirischer Untersuchungen feststellt, trotz des militärischen Technologiesprungs deutlich häufiger miteinander als Staaten, die räumlich voneinander getrennt sind (s. Hensel 2000, S. 12).

<sup>17</sup> Stephen W. Walt: *The Origins of Alliances*, Ithaca, NY 1987, S. 23.

<sup>18</sup> Zu den sogenannten „penetrating external powers“ s. Barry Buzan/Ole Wæver: *Regions and Powers. The Structure of International Security*, Cambridge 2003, S. 47 und 372 f.

<sup>19</sup> Die Perzeption spielt in vielen Analysen der neoklassischen Realisten eine nicht zu unterschätzende Rolle (s. etwa bei: William C. Wohlforth: *The Elusive Balance. Power and Perceptions during the Cold War*, Ithaca 1993; Robert Gilpin: *War and Change in World Politics*, Cambridge 1981, S. 38; Jeffrey J. Taliaferro: *State Building for Future Wars: Neoclassical Realism and the Resource-Extractive State*, in: *Security Studies* Nr. 15(3), 2006, S. 464-495, S. 486.

„lohnen“ wird, den eigenen Staat anzugreifen. Dabei gilt: Je größer der Nutzen gegenüber den Kosten, mit denen der drohende Staat nach dem Angriff zu rechnen hätte, als umso wahrscheinlicher wird der Angriff perzipiert. In diesem Zusammenhang muss es sich nicht nur um einen Angriff im Sinne eines militärischen Eroberungsversuchs, sondern kann es sich ebenfalls um solche politischen Entscheidungen eines fremden Staates handeln, die den eigenen Handlungsspielraum drastisch einschränken können (etwa eine Erpressungsdrohung).

Auf die Wahrnehmung von Intentionen anderer Staaten wirkt zweitens die Rhetorik ein, welche die Machträger des potenziell bedrohlichen Staates gegenüber dem eigenen Staat benutzen. Dabei gilt: Je feindlicher die Rhetorik gegenüber dem eigenen Staat seitens der Entscheidungsträger des potenziell gefährlichen Staates geäußert wird, als umso wahrscheinlicher wird der Angriff perzipiert.

Das dritte Element, das die Intentionenperzeption anderer Staaten prägt, sind die historischen Erfahrungen.<sup>20</sup> Dabei gilt: Wenn ein Staat in der Vergangenheit von einem anderen Staat angegriffen wurde, dann wird er ihm gegenüber auch in der Gegenwart stets Misstrauen hegen. Die Zahl der vergangenen Konflikte überträgt sich hierbei proportional zu dem Ausmaß des gegenwärtigen Misstrauens.

Insgesamt gilt es zu erwarten, dass als Gefahr für die Existenz eines Staates – verstanden sowohl im physischen bzw. territorialen als auch im politischen, auf die Größe des staatlichen Handlungsspielraums bezogenen Sinne – derjenige Staat erachtet wird, dessen aggregierte Macht die eigenen Machtressourcen übersteigt, der den eigenen Grenzen nah – auch im Sinne des ausgeübten Einflusses auf die unmittelbare Umwelt – angesiedelt ist und dessen Intentionen als aggressiv eingeschätzt werden.

### **3. Die Bedrohungsquellen in Polen, Frankreich und Deutschland**

Würden im Folgenden die zwei erstgenannten Determinanten der Bedrohungswahrnehmung in Betracht gezogen, die aggregierte Macht und die geografische Distanz, so wäre festzuhalten, dass es drei Staaten in der Nähe Polens gibt, die über deutlich größere Machtressourcen verfügen: Deutschland, Russland und die USA. Deutschland und Frankreich könnten in diesem Zusammenhang jeweils

<sup>20</sup> Stephen W. Walt: *Taming American Power: The Global Response to U.S. Primacy*, New York 2005, S. 9; Hans Mouritzen/Anders Wivel: *The Geopolitics of Euro-Atlantic Integration*, London/New York 2005, S. 8.

auf die USA hinweisen. Die geringe Distanz der USA zu europäischen Staaten wird hierbei erstens aufgrund der Stationierung amerikanischer Militärobjekte und Soldaten in Europa sowie zweitens aufgrund des enormen politischen Einflusses der USA auf den europäischen Kontinent angenommen. Was die dritte Determinante der Bedrohungswahrnehmung anbelangt, d.h. die Perzeption von Intentionen der mächtigeren Nachbarstaaten, so weist der erste Faktor für deren Ermittlung – die Konflikte in der Vergangenheit – darauf hin, dass aus polnischer Sicht Deutschland und Russland als potenzielle Bedrohung betrachtet werden müssten. Denn die sicherheitspolitische Erfahrung Polens ist erstens eine Erfahrung der territorialen Teilungen im 18. und 19. Jahrhundert unter Russland, Preußen und Österreich und des Verlusts von staatlicher Souveränität für über 100 Jahre sowie zweitens eine Erfahrung der militärischen Angriffe seitens Deutschlands und der Sowjetunion während der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts, der deutschen Konzentrations- bzw. Vernichtungslager und der Ermordung von mehreren Tausend polnischer Offiziere und Zivilisten durch das sowjetische NKWD während des Zweiten Weltkrieges. Frankreich und Deutschland könnten in diesem Zusammenhang ein gegenseitiges Misstrauen hegen; der Faktor Russland spielt dabei allerdings keine nennenswerte Rolle.

Eine feindliche Rhetorik seitens der Nachbarstaaten, der zweite Faktor für die Bedrohungsermittlung, erlebt heutzutage nur Warschau und zwar seitens seines östlichen Nachbarstaates. Selbst wenn die letzten verbalen Angriffe auf Polen mit dem US-Raketenschild zusammenhängen, so ist nicht außer Acht zu lassen, dass die Drohungen nur vom Kreml, nicht aber von anderen Nachbarn Polens ausgingen. Eine Analyse der Intentionen der drei Staaten mithilfe des dritten Faktors – einer Ermittlung von Kosten, die für sie anfallen würden, sollten sie Polen militärisch oder anderweitig, z. B. in Form einer politischen Erpressung, angreifen – würde wiederum das folgende Resultat ergeben: Ein Angriff auf Polen würde für die USA und Deutschland mit enormen innenpolitischen Kosten verbunden sein. Für die russische Führung müssten diese hingegen als deutlich geringer eingeschätzt werden, da jegliche Opposition gegen den Kreml mit staatlichen Repressionen konfrontiert werden würde. Internationale Sanktionen aus einem Angriff auf die politische Handlungsautonomie bzw. territoriale Integrität Polens, unter welchen nicht zuletzt ein Anerkennungs- und Glaubwürdigkeitsverlust zu subsumieren wäre, würden ebenfalls in erster Linie Berlin und Washington betreffen. Da energiepolitische Erpressungen gegenüber der Ukraine (2006 und 2008) bzw. der Cyberkrieg gegen den NATO-Staat Estland (2007) und Drohungen mit Cyber-Angriffen gegen einen anderen Allianzmitgliedstaat,

Litauen (2008), keine nennenswerte Reaktion des Westens hervorgerufen haben, könnte die russische Regierung bei einem Einsatz ähnlicher Mittel gegen Polen höchstens von rhetorischen Maßnahmen der polnischen Verbündeten ausgehen. Was einen militärischen Angriff Russlands auf seinen schwächeren Nachbarn anbelangt, so kann eine solche Option auf den ersten Blick nur völlig unrealistisch erscheinen, da Polen im Gegensatz zu Georgien der Nordatlantischen Allianz angehört. Plausibel ist es allerdings anzunehmen, dass die europäischen Staaten nach allen möglichen Auswegen suchen würden, um einen Krieg mit dem wichtigen Handelspartner Russland zu vermeiden. Allerdings würde sich eine Option des Angriffs für Russland bieten, wenn Moskau gegenüber den europäischen Öffentlichkeiten glaubhaft versichern könnte, dass der Angriff nicht gewollt war. Ein Beispiel für eine derartige Begründung präsentierte im Juli 2008 ein russischer Offizier. Seiner Meinung zufolge könnte das automatisierte russische Abwehrsystem eine aus polnischem Territorium abgefeuerte Abfangrakete missverständlich als offensive Waffe erkennen und eine sofortige Reaktion einleiten. In diesem Fall könnte auch bei schlechtem Willen nicht von einer Schuld Russlands, sondern eher von einem Systemfehler gesprochen werden. Nicht ausgeschlossen ist überdies ein Abschuss einer russischen Rakete aus dem weißrussischen Territorium. Während Russland provokative Äußerungen gegenüber Polen nicht zuletzt zu innenpolitischen Zwecken nutzt, bemüht es sich gleichzeitig in Westeuropa ein durchaus friedliches, kooperatives Gesicht zu zeigen. Diese differenzierten *Public Diplomacy*-Instrumente hat Moskau im Herbst 2008 deutlich beobachtbar eingesetzt. So kündigte der russische Präsident Medwedew in seiner Rede zur Lage der Nation zunächst einmal die Stationierung von Kurzstreckenraketen in der russischen Exklave Kaliningrad an. Dass dies ausgerechnet am Tag des Wahlsiegs von Barack Obama verlautbart wurde und dementsprechend weitgehend ungehört blieb, war alles andere als zufällig. Vielmehr sollte die Rede in erster Linie von der eigenen Bevölkerung sowie den post-kommunistischen Ländern, darunter Polen, gehört werden. Die Botschaft lautete, dass Russland mit dem neuen US-Präsidenten auf Augenhöhe sprechen will und kann. Doch bereits eine Woche später im französischen Evian hat Russland dem internationalen Publikum ein anderes Gesicht präsentiert. Mit der Initiative zur Errichtung einer neuen Sicherheitsarchitektur im euroatlantischen Raum sollten die westeuropäischen Öffentlichkeiten erreicht werden. Hierdurch soll den westeuropäischen Regierungen nicht zuletzt die Legiti-

mität für die wirtschaftliche Kooperation mit Russland geliefert werden, jenseits der fortdauernden sicherheitspolitischen Konkurrenz.<sup>21</sup>

Trotz ihrer Machtüberlegenheit werden die Vereinigten Staaten aus der polnischen Perspektive hingegen als unbedrohlich wahrgenommen, da ihre Intentionen an der Weichsel nicht aggressiv erscheinen. Durch die geringere Distanz zu Polen, die wie erwähnt unter anderem aus dem Einfluss der USA als Gleichgewichtsmacht auf dem europäischen Kontinent resultiert, beschränkt Washington zwar die Handlungsautonomie Warschaus; dies nimmt das mitteleuropäische Land jedoch in Kauf, da die Handlungsspielräume Berlins und Moskaus ebenfalls mit eingeschränkt werden. Durch ihre doppelte Balance-Rolle – innerhalb der EU einerseits und zwischen Deutschland und Russland andererseits – werden die USA aus polnischer Sicht als Garant der Sicherheit Europas und deshalb auch der eigenen territorialen Integrität wahrgenommen. Für Frankreich und Deutschland werden die USA hingegen immer sichtbarer als Beschränkung ihrer politischen Handlungsautonomie wahrgenommen. Dies schafft eine Spannungsgrundlage mit Polen in Fragen des transatlantischen Verhältnisses und, damit verbunden, der Entwicklungsrichtung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

#### **4. Fazit**

Mit diesem Beitrag wurden die divergierenden Außenpolitiken der Staaten des Weimarer Dreiecks anhand des Analyseschemas der *balance of threat*-Theorie zu skizziert. Die unterschiedlichen Bedrohungswahrnehmungen Frankreichs und Deutschlands auf der einen Seite und Polens auf der anderen Seite hängen hierbei essenziell mit den zwei außereuropäischen Mächten – den USA und Russland – zusammen. Die Frage, ob die dem globalen Einfluss der USA immer skeptischer gegenüberstehende polnische Gesellschaft (Transatlantic Trends 2009) Einfluss auf die US-Politik der Warschauer Regierung nehmen und hierdurch zu einer Kompatibilität der außenpolitischen Entscheidungen zwischen Paris, Berlin und Warschau beitragen wird, liegt außerhalb des Erklärungsspektrums der *balance of threat*-Theorie. Demnach ließen sich kompatible Außenpolitiken nur dann erwarten, wenn Staaten eine ähnliche Bedrohungsperzeption hätten, d. h. dieselbe Gefahrenquelle wahrnehmen würden. Solange dies nicht

<sup>21</sup> Thomas Jäger/Daria W. Dylla: Die amerikanische Raketenabwehr zwischen Staatenkonkurrenz und öffentlicher Diplomatie, in: Internationales Magazin für Sicherheit, 2 (2009) 1, S. 10-11.



der Fall ist, sollte immer noch mit divergierenden, im Wettbewerb zueinander stehenden außenpolitischen Konzepten der drei Staaten gerechnet werden. Dies wird nicht zuletzt Auswirkungen auf die innere Struktur der Europäischen Union sowie die Beziehungen zwischen Europa und den außereuropäischen Mächten haben. Vor diesem Hintergrund sollten die Verstimmungen „im Herzen Europas“ als Problem gesehen werden, das die Chance auf die Entfaltung der EU zu einem autonomen geopolitischen Akteur in der Weltpolitik mitbestimmt. Aus dieser Perspektive kommt dem Verhältnis der Staaten des Weimarer Dreiecks heutzutage nicht nur eine symbolische Bedeutung (die Überwindung der Teilung Europas) zu. Es scheint vielmehr von regional ausgerichteter ordnungspolitischer Relevanz zu sein.

*Andreas Marchetti*

## **Deutschland zwischen Ost und West**

### **Die Beziehungen zu Polen und Frankreich fünf Jahre nach der Osterweiterung**

#### **1. Wendezeiten**

Auf vielfältige Weise wird dieser Tage der Ereignisse gedacht, die vor nunmehr 20 Jahren zu den einschneidenden Veränderungen führten, welche das „kurze zwanzigste Jahrhundert“<sup>1</sup> beendeten. Hatte das „lange neunzehnte Jahrhundert“ bereits bis weit ins 20. hineingereicht, so erreichte dieses mit dem paneuropäischen Picknick über den Fall der Berliner Mauer und die deutsche Vereinigung bis hin zur Auflösung des Warschauer Pakts und der Sowjetunion ein vorzeitiges Ende. Auch wenn Bernard-Henri Lévy zu Recht darauf hinweist, dass die Veränderungen keineswegs so plötzlich und unerwartet über Europa und die Welt kamen, wie dies mit heutigem Abstand bereits erscheinen mag,<sup>2</sup> so zeitigte der Umbruch von 1989/91 doch derartige Umwälzungen, dass sie die heutige Zeit weiterhin maßgeblich prägen – und sei es allein durch den dauerhaften Wandel bis dato fast unumstößlich scheinender Gewissheiten.

Neben vielen grundlegenden Änderungen im internationalen System kann die Lösung der „deutschen Frage“ mit Fug und Recht als eines der zentralen Resultate des Epochenumbruchs von 1989/91 gelten. Die vereinigte Bundesrepublik fand sich nach Jahrzehnten der maßgeblichen Orientierung Richtung Westen – ungeachtet der wichtigen Impulse einer konstruktiven Ostpolitik seit den siebzi-

<sup>1</sup> Vgl. zur Begrifflichkeit Eric Hobsbawm: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München/Wien 1995, S. 688f., die aus früheren Arbeiten Hobsbawms zum „langen neunzehnten Jahrhundert“ fast logisch folgte.

<sup>2</sup> Vgl. Bernard-Henri Lévy: *Schluss mit den Mauerlegenden!*, in: [www.faz.net](http://www.faz.net), 9.11.2009 (Zugriff: 16.11.2009).

ger Jahren – nunmehr auch Richtung Osten freier in der Gestaltung ihrer Außenbeziehungen. War im unmittelbaren *europäischen* Westen Frankreich lange Zeit der unangefochtene Partner gewesen, so hatte nunmehr auch Polen, als bevölkerungsreichstes und größtes Land der der EU beitretenden Staaten des ehemaligen Ostblocks mit einer Grenze zum vereinigten Deutschland, gute Aussichten, zu einem bedeutenden Partner der Bundesrepublik zu avancieren.

Aufgrund der – in Frankreich nicht ohne Sorge registrierten – neuen „Wahlmöglichkeiten“ der Bundesrepublik hinsichtlich ihrer internationalen Ausrichtung nach 1989/91<sup>3</sup> soll diese auch hier zum Ausgangspunkt der weiteren Überlegungen werden. Im Folgenden soll dabei zunächst herausgestellt werden, inwieweit sich die jeweiligen Verhältnisse Deutschlands zu Polen einerseits und zu Frankreich andererseits seit 1989/91 gewandelt haben. Daran anknüpfend werden die Strukturen der Beziehungen, die sich bis heute herausgebildet haben, skizziert, nicht ohne auch einen vergleichenden Blick auf die trilaterale Struktur des „Weimarer Dreiecks“ zu werfen. Abschließend soll zumindest cursorisch erörtert werden, welche Perspektiven zu gemeinsamem Handeln in Europa für Deutschland, Polen und Frankreich fünf Jahre nach der Osterweiterung bestehen.

### **1.1. Zwei „Wenden“ in den Beziehungen zu Polen**

Die erste „Wende“ in den Beziehungen Deutschlands zu Polen ergibt sich aus der kurz skizzierten weltpolitisch bedeutsamen „Wendezeit“, die Polen nach Jahrzehnten der Abhängigkeit von der Sowjetunion wieder eine eigenständige Entwicklung ermöglichte. Nur durch sie konnte sich der polnische Staat – einmal mehr in seiner Geschichte – von einer dominanten und einschränkenden externen Macht emanzipieren, um seinen Weg in der Staatengemeinschaft selbst zu bestimmen. Für die zweite „Wende“ ist diese erste unabdingbare Voraussetzung. Diese zweite „Wende“, die Deutschland maßgeblich – nicht zuletzt zugunsten Polens – mitgeprägt hat, ist in der Erweiterung des zuvor auf Westeuropa beschränkten Integrationsverbundes EU auf zahlreiche Staaten Mittel- und Osteuropas zu sehen.

<sup>3</sup> Vgl. Axel Sauder: Frankreichs Europakonzeptionen und das vereinte Deutschland: Die schwierige Balance zwischen Einbindung und Selbsteinbindung, in: Gottfried Niedhart u.a. (Hrsg.): Deutschland in Europa. Nationale Interessen und internationale Ordnung im 20. Jahrhundert, Mannheim 1997, S. 202-232, S. 209.

Bestanden seit 1989/91 trotz der Überwindung des Eisernen Vorhangs weiterhin starke Asymmetrien zwischen Deutschland und Polen in politischer wie auch wirtschafts- und währungspolitischer Hinsicht, so waren diese – zumindest temporär – doch von beiden Seiten akzeptiert. Hatte Polen bereits mit dem Ende des Warschauer Pakts zwar seine faktische Unabhängigkeit zurückerlangt, so sah es sich doch zunächst außerhalb des europäischen Integrationsverbundes, dem es beitreten wollte und dem Deutschland seit seiner Gründung angehörte. Deutschland trat in diesen Jahren, die zum Beitritt Polens und sieben weiterer Staaten Mittel- und Osteuropas im Jahre 2004 führten, als Unterstützer und Befürworter des polnischen Beitrittsgesuchs auf, während Polen sich in dieser Situation und Konstellation in die Rolle des Juniorpartners fügte, wobei beide hieraus im Sinne ihrer jeweiligen Interessen Nutzen ziehen konnten. Polen fand in Deutschland einen gewichtigen Fürsprecher des eigenen Beitrittswunsches und wurde dadurch näher an die EU herangeführt, und Deutschland kam seinem Ziel näher, die deutsche Ostgrenze nicht länger auch als Außengrenze der EU – gleichermaßen politisch wie wirtschaftlich – aufrechterhalten zu müssen.

Die beschriebene Rollenverteilung wurde mit dem schlussendlich 2004 erfolgten Beitritt Polens und anderer Staaten Mittel- und Osteuropas in Frage gestellt, da er auch die Ausgangsbedingungen der beiden Staaten zueinander wandelte. So konnte Polen mit der Aufnahme in die EU politisch zur Bundesrepublik aufrücken und sich nunmehr zu Recht als gleichberechtigtes Mitglied der europäischen Staatengemeinschaft fühlen, was es auch – bereits vor Vollzug des Beitritts – deutlich nach außen vertrat. Erinnerung sei hier lediglich an die Entzweiung Europas über die Frage nach einem militärischen Eingreifen im Irak 2002/03 – in der Polen, aber auch Frankreich und Deutschland herausragende, aber unglückliche Rollen spielten – oder Polens Forderung nach weitgehender Beibehaltung des *Nizza-acquis* bei den Abstimmungsmodi innerhalb des Ministerrates im Zuge der Reform des europäischen Primärrechts.

Polen trat damit aus einer Position des *nolens volens* gefügigen Antragstellers in die Position des selbstbestimmten politischen Subjekts im EU-Gefüge. Politisch war Polen mit der Bundesrepublik gleichgezogen, wobei die wirtschafts- und währungspolitische Asymmetrie aber weiter bestehen blieb. Auch wenn sich der wirtschaftliche Entwicklungsabstand verringerte, ist er weiterhin erheblich. Zudem wird von polnischer Seite die nur bedingt gewährte Arbeitnehmerfreizügigkeit zwischen Polen und Deutschland als Hindernis empfunden, wie auch die fortbestehende Nichtbeteiligung an der Eurogruppe die Position Polens schwächer erscheinen lässt als jene der Bundesrepublik. Waren bis 2004 die Asym-

metrien notwendige und im Grunde beiderseits akzeptierte Begleiterscheinung auf dem Weg in die EU, so widersprechen diese nun aber deutlich dem Selbstwertgefühl Polens und in gewisser Hinsicht auch den Erwartungen, die an den Beitritt geknüpft waren, da mit dessen Erreichen einer Gleichberechtigung eigentlich nichts mehr im Wege stehen sollte.

## **1.2. Eine „Wende“ in den Beziehungen zu Frankreich**

Mit der „Wendezeit“ sahen sich nicht nur die deutsch-polnischen Beziehungen Änderungen und einer Austarierung ausgesetzt, auch in die deutsch-französische Zusammenarbeit brachte der Epochenbruch grundlegenden Wandel. Mit Blick auf die politische Position und die damit einhergehenden Gestaltungsmöglichkeiten einerseits und die jeweilige wirtschafts- und währungspolitische Relevanz andererseits kann mit Blick auf die beiden Rheinnachbarn bis 1989/91 von deutlichen, aber reziproken Asymmetrien gesprochen werden. War die Bundesrepublik bis zum Abschluss des Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland als „gezähmte“ Nation<sup>4</sup> alliierten Vorbehaltsrechten unterworfen, so stand ihr mit Frankreich ein uneingeschränkt souveräner Staat gegenüber, der als Siegermacht aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen war. In den politischen deutsch-französischen Beziehungen fungierte daher die Bundesrepublik als „Juniorpartner“ Frankreichs. Wirtschafts- und währungspolitisch stellte sich dies ganz im Sinne eines Ausgleichs aber entgegengesetzt dar. Bei starker gegenseitiger Verflechtung übertraf der deutsche „Exportweltmeister“ Frankreich wirtschaftlich deutlich und dominierte es zudem auch währungspolitisch: Immerhin fungierte die Deutsche Mark im Europäischen Währungssystem als „Ankerwährung“, wodurch sich eine klare Abhängigkeit von der Politik der Bundesbank ergab.

Mit der Verwirklichung der deutschen Einheit und ihrer europäischen Einbettung, die primärrechtlich in den Verträgen von Maastricht erfolgte, wurden auch die deutsch-französischen Beziehungen einem grundlegenden Wandel unterworfen, der aber das bisherige Gleichgewicht nicht in Frage stellte, sondern vielmehr sogar zu einer Abschwächung der reziproken Asymmetrie führte, ohne sie gänzlich zu überwinden. Formal befreite sich die Bundesrepublik 1990 aus ihrer nachgeordneten Rolle als französischer „Juniorpartner“, da sie im Einvernehmen mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs ihre volle staatliche Souve-

ränität zurückerlangen konnte. Dennoch bleibt Frankreich auch weiterhin, trotz dieses formalen Aufrückens Deutschlands, auf der internationalen Bühne der politisch stärkere Partner, da es zum einen über einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verfügt, ein Anliegen, das die Bundesrepublik für sich seit fast 20 Jahren erfolglos anstrebt, und zum anderen weiterhin seine weitreichenden internationalen Ambitionen – auch durch das Festhalten an französischen Atomwaffen – unterstreicht, wohingegen sich die Bundesrepublik im Vertrag mit den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs unter anderem auf einen Verzicht derartiger Waffensysteme verpflichtet hat.

Wirtschaftlich besteht die enge Verflechtung der beiden Länder fort, ebenso wie der relative Vorsprung der deutschen vor der französischen Wirtschaft. Währungspolitisch hat Deutschland durch die Realisierung der Währungsunion aber an Dominanz eingebüßt, und Frankreich konnte seinerseits über die Europäische Zentralbank im Rahmen des Eurosystems – ebenso wie des Europäischen Systems der Zentralbanken – an Gestaltungsmöglichkeiten zurückgewinnen und holt somit in diesem Bereich seinerseits auf. Unter völlig veränderten Rahmenbedingungen stellen sich somit zwischen Deutschland und Frankreich wiederum reziproke Asymmetrien in unterschiedlichen Bereichen ein, die aber abgemildert sind und das bisherige Gleichgewicht im Grunde fortbestehen lassen.

## **2. Strukturen der Beziehungen**

Ungeachtet der abgemilderten Asymmetrien im Verhältnis Deutschlands zu Polen einerseits und in den Beziehungen der Bundesrepublik zu Frankreich andererseits gab es in beiden Verhältnissen nach den „Wendezeiten“ immer wieder auch Spannungen und Irritationen. Diese fanden und finden aber nicht in einem unstrukturierten politischen Raum statt, sondern sind – auch unterhalb der Ebene der Europäischen Union – eingebettet in spezifische bi- und sogar trilaterale Strukturen.

### **2.1. Deutschland und Frankreich**

Neben der gemeinsamen Einbindung in die Strukturen europäischer Integration seit den frühen fünfziger Jahren fußen die bilateralen deutsch-französischen Be-

<sup>4</sup> Vgl. Hans-Peter Schwarz: Die gezähmten Deutschen. Von der Machbesessenheit zur Machtvergessenheit, Stuttgart 1985.

ziehungen zunächst auf dem Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963.<sup>5</sup> Das kurz als „Elysée-Vertrag“ bezeichnete Dokument benennt drei Hauptbereiche der Zusammenarbeit (Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Erziehungs- und Jugendfragen), schafft daneben aber auch die Grundlage für eine präzedenzlose Institutionalisierung der bilateralen Beziehungen. Die im Vertrag festgelegten, zweimal jährlich stattfindenden deutsch-französischen Konsultationen in der Form von „Gipfeltreffen“ wurden anlässlich des 40-jährigen Vertragsjubiläums zu deutsch-französischen Ministerräten ausgeweitet, in deren Rahmen nunmehr die Kabinette beider Länder im gleichen Rhythmus zusammentreffen. Die Ministerräte werden ergänzt durch informelle Treffen auf Ebene des französischen Präsidenten und der Bundeskanzlerin sowie ihrer Außenminister. Diese „Blaesheim-Treffen“ finden in der Regel alle zwei Monate statt und wurden aufgrund der mangelhaften deutsch-französischen Koordination im Umfeld der Einigung auf den Vertrag von Nizza ins Leben gerufen. Personalisierten Ausdruck findet die Zusammenarbeit zudem in den Beauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit.

Die offiziellen und auf Regierungsebene angesiedelten Kontakte werden ergänzt durch eine Vielzahl von Strukturen, die bis zur kommunalen Ebene reichen. Neben dem 1988 geschaffenen Deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrat und dem Deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrat existiert seit 1989 auch ein Deutsch-französischer Umweltrat. Die Aktivitäten des bereits 1963 eingerichteten Deutsch-französischen Jugendwerks werden ergänzt durch ein dichtes Netz der jeweiligen Kulturinstitute im Partnerland, neben dem ein dichtes Geflecht an Städtepartnerschaften besteht, die häufig durch Schulpartnerschaften ergänzt werden, welche zahlreichen Deutschen und Franzosen früh die Möglichkeit zum direkten Kontakt mit dem Partnerland bieten.

Durch die sehr enge Verzahnung beider Länder bis in den kommunalen Bereich und ihre prägende Kraft auf das beiderseitige Verhältnis kann im Falle der deutsch-französischen Beziehungen von einem Regime<sup>6</sup> gesprochen werden, das beispielsweise auch seitens der deutschen Politik als das grundlegende und bevorzugte bilaterale Verhältnis bezeichnet wird. Auf dieser Basis können selbst unterschiedliche Positionen in Deutschland und Frankreich nicht nur gut gehalten, sondern auch strukturell verarbeitet werden. Dies trägt maßgeblich dazu

<sup>5</sup> Ergänzt wurde dieser 1988 durch ein Ergänzungsprotokoll und 2003 durch eine Gemeinsame Erklärung zu seinem 40. Jahrestag.

<sup>6</sup> Vgl. Stephen D. Krasner: Structural causes and regime consequences: regimes as intervening variables, in: Ders. (Hrsg.): International Regimes, Ithaca 1983, S. 2.

bei, dass es trotz unterschiedlicher Ausgangspositionen zwischen beiden Ländern schlussendlich häufig zu einem Ausgleich kommt, der sich mit Blick auf die europäische Integration dann oft genug als tragfähiger „Stellvertreterkompromiss“ erweisen kann, da er das in der EU vorhandene Spektrum mit abdeckt und damit auch für andere in der EU tragfähig sein kann. Grundvoraussetzungen hierfür sind ein grundlegender Gleichlauf – bei allen Unterschieden – in Grundsatzzfragen des jeweiligen Politikbereichs und eine grundsätzliche Bereitschaft zu Kompromissen.

## **2.2. Deutschland und Polen**

Bereits mit dem „Warschauer Vertrag“<sup>7</sup> vom 7. Dezember 1970 wurde eine vertragliche Basis für die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen gelegt, allerdings noch unter den Bedingungen der Ost-West-Konfrontation. Im Zuge der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands wurden die beiderseitigen Beziehungen mit dem deutsch-polnischen Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991 auf eine neue Grundlage gestellt. Der Vertrag ist im Lichte nicht aufgearbeiteter gemeinsamer Vergangenheit zu sehen, enthält aber auch Elemente einer Zukunftsausrichtung, beispielsweise mit der – wie so häufig dem deutsch-französischen Beispiel folgenden – Einrichtung gemeinsamer Konsultationen, allerdings ohne einen regelmäßigen Rhythmus festzuschreiben. In der Regel finden diese Konsultationen daher deutlich seltener statt als im deutsch-französischen Kontext, nämlich nur etwa alle zwei Jahre. Darüber hinaus sind diese Konsultationen nicht in gleichem Maße institutionell unterbaut wie im deutsch-französischen Fall. Auch wenn mit den Koordinatoren für die zwischengesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit ebenfalls zwei Persönlichkeiten aus Polen und Deutschland der Zusammenarbeit ein Gesicht in ihrem jeweiligen Land geben sollen und auch hier die Beziehungen bis auf die kommunale Ebene reichen, sind insgesamt die Strukturen bereits vertraglich schwächer und erweisen sich auch in der Praxis als faktisch anfälliger für Spannungen.<sup>8</sup> Immerhin lässt sich aber auch im Falle der deutsch-polnischen Beziehungen die Vorstufe einer Regimebildung erkennen, insbesondere, wenn man ihre „verspätete“ Initiierung in Rechnung stellt, aller-

<sup>7</sup> Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen.

<sup>8</sup> So musste beispielsweise das Deutsch-polnische Jugendwerk 2006 um Teile der polnischen Kofinanzierung bangen, wodurch mehrere Jugendbegegnungen abgesagt werden mussten, vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 16/3246, 6.11.2006.



dings können sie bisher noch nicht ein gelegentliches Abreißen des institutionalisierten Gesprächfadens verhindern.

### **2.3. Das „Weimarer Dreieck“**

Neben den bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich auf der einen Seite und Deutschland und Polen auf der anderen Seite gab es seit der „Wendezeit“ auch konkrete Ansätze, zu einem institutionalisierten Trilateralismus zu finden. Die strukturierte trilaterale Beziehung der drei Länder basiert auf einer Gemeinsamen Erklärung von 1991 seitens der damaligen Außenminister Hans-Dietrich Genscher, Roland Dumas und Krzysztof Skubiszewski. In dieser sind nach dem Vorbild der jeweiligen bilateralen Beziehungen jährliche Treffen der Außenminister vorgesehen, wie dies in den neunziger Jahren dann auch umgesetzt wurde, seither aber nur noch sehr bedingt erfüllt wird. Auch der seit 1998 stattfindende „Weimarer Gipfel“ auf höchster Regierungsebene hat bisher nur eingeschränkt zu einer Regelmäßigkeit im gegenseitigen Austausch beigetragen, wie sie dem deutsch-französischen Bilateralismus zu eigen ist. Ein „Gesicht“ haben diese trilateralen Beziehungen ebenfalls nicht, und trotz der – relativ häufigen – Ausweitung deutsch-französischer Strukturen in trilaterale kennen sie auch nicht eine derartige Durchbildung, wie dies in den bilateralen Beziehungen der Fall ist. Daraus folgt für die politische Arbeit aber hier noch deutlicher als im deutsch-polnischen Fall eine besondere Anfälligkeit für politische Spannungen. Die Strukturen haben sich bisher als so schwach erwiesen, dass sie im Zweifel Spannungen nicht aushalten, kanalisieren oder im günstigsten Falle positiv beeinflussen könnten, vielmehr leiden sie selbst unter politischen Störungen. Ansätze zu einer Regimebildung sind im trilateralen Rahmen daher nur sehr geringfügig vorhanden, wobei diese künftig nicht ausgeschlossen bleiben muss. Der deutsche Außenminister Guido Westerwelle unterstrich anlässlich seines Antrittsbesuchs in Polen am 31. Oktober 2009 – noch vor seinem Antrittsbesuch in Frankreich am 2. November 2009 – die Bedeutung und die im Koalitionsvertrag anvisierte Wiederbelebung des „Weimarer Dreiecks“. Ein neuerlicher Anstoß ist somit gegeben, allerdings bleibt die Frage nach den Aussichten einer Verstetigung des „Weimarer Prozesses“ zunächst weiter bestehen. Ob hier eine stärkere Regimebildung zugelassen wird, hängt maßgeblich von dem politischen Willen ab, sich tatsächlich in einem derartigen Regime zu binden.

### **3. Perspektiven der Zusammenarbeit in Europa**

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass weder bi- noch trilateral Reibungen oder gar gelegentliche Störungen der jeweiligen Beziehungen ausgeschlossen sind. Im Sinne ihrer produktiven Umformung in gemeinsam vorgetragene oder zumindest mitgetragene Ansätze haben sich hier aber bislang weiterhin nur die deutsch-französischen Beziehungen als wirklich tragfähig erwiesen, selbst wenn auch sie zunehmend an Exklusivität einbüßen. Fast „klassisch“ haben Deutschland und Frankreich nicht nur während der Aushandlung des – gescheiterten – Verfassungsvertrages zusammengearbeitet, sondern gerade auch in enger gemeinsamer Abstimmung zur Wiederbelebung des primärrechtlichen Reformprozesses beigetragen, die zum nunmehr in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon geführt hat. Aber auch in Bereichen, in denen außer der Überzeugung von der Notwendigkeit gemeinsamen europäischen Handelns nur bedingt inhaltliche Übereinstimmungen vorhanden waren, lassen sich die Positionen beider Länder – ganz im Sinne von „Stellvertreterkompromissen“ – im europäischen Rahmen wiederfinden. Dies ist beispielsweise der Fall im zunehmend die politische Tagesordnung bestimmenden Bereich der Klima- und Energiepolitik, in dem Deutschland und Frankreich sehr unterschiedliche Ansätze verfolgen, wobei der stärkste Unterschied sicherlich in der französischen Befürwortung der klimaneutralen Kernenergie und dem starken deutschen Fokus auf erneuerbare Energien liegen dürfte.<sup>9</sup> Auch in der andauernden globalen Finanz- und Wirtschaftskrise bestand zwischen Deutschland und Frankreich zunächst nur Übereinstimmung darin, dass gehandelt werden müsse. Während Frankreich aber für massive staatliche Interventionen und ein integriertes Vorgehen auf europäischer Ebene plädierte, stand Deutschland massiven Eingriffen zunächst ablehnend gegenüber und favorisierte ein dezentrales Vorgehen auf europäischer Ebene.<sup>10</sup>

Demgegenüber können vergleichbare Beobachtungen für die deutsch-polnischen Beziehungen wie auch im Rahmen des „Weimarer Dreiecks“ nicht gemacht werden. Da auch die deutsch-französischen Beziehungen aber nicht frei von Spannungen sind, liegt die Vermutung nahe, dass dies nicht nur inhaltlich bedingt ist, sondern gerade auch der Verstetigung der Beziehungen geschuldet ist. Immerhin haben sich Deutschland und Frankreich nach dem allgemein als

<sup>9</sup> Vgl. Sébastien Vannier: Herausforderung Klimawandel. Frankreich und Deutschland suchen nach Lösungen, in: Dokumente, 64 (2008) 5, S. 13-16.

<sup>10</sup> Vgl. Dorothea Bohnekamp: Deutsch-französischer Dissens. Die EU sucht Wege aus der Wirtschafts- und Finanzkrise, in: Dokumente, 65 (2009) 1, S. 5-8.

Scheitern empfundenen Ausgang der Regierungskonferenz, die zum Vertrag von Nizza führte, nicht entzweit, sondern sich ganz im Gegenteil mit dem „Blaesheim-Prozess“ eine weitere Verständigungsmöglichkeit und -pflicht gleichermaßen auferlegt, um künftig – für beide und damit auch für Europa – bessere Ergebnisse erzielen zu können. Demgegenüber haben sich die deutsch-polnischen und auch die Beziehungen im Rahmen des „Weimarer Dreiecks“ bisher als wenig belastbar erwiesen. Nicht von ungefähr sind die Prozesse besonders nach der Auseinandersetzung über den Irak-Krieg stark beschädigt worden. Die deutsch-französischen Beziehungen halten demgegenüber aufgrund ihrer Regimehaftigkeit Divergenzen deutlich besser aus – dies hatten sie beispielsweise auch 2007/08 erneut unter Beweis gestellt, als die Pläne des französischen Präsidenten zur Gründung einer „Mittelmeerunion“, die auf die reinen Anrainerstaaten beschränkt sein sollte, auf deutlichen Widerspruch seitens Berlins stieß und schließlich ein für Gesamteuropa tragfähiger Kompromiss mit der „Union für das Mittelmeer“ gefunden wurde. Deutschland und Frankreich haben damit – trotz aller Gegensätze inhaltlicher Natur – erneut unter Beweis gestellt, dass sie weiterhin in der Lage sind, tragfähige Kompromisse auf europäischer Ebene vorzubereiten.

Zu einer Stärkung des deutsch-polnischen Verhältnisses bedürfte es daher einer Stärkung der bilateralen Bande, die insbesondere durch eine habituelle „Institutionalisierung“ erfolgen müsste. Inhaltlich wären zudem – aus deutscher Sicht – polnische Positionierungen wünschenswert, die stärker als in der Vergangenheit zumindest den Willen zum Kompromiss und damit die Möglichkeit einer Einigung erkennen lassen. Die Verhandlungen zum Vertrag von Lissabon waren nicht dazu geeignet, diesen Eindruck entstehen zu lassen. Zur Reaktivierung des „Weimarer Dreiecks“ bedarf es gleicher Grundlagen, aber zusätzlich noch eines erhöhten französischen Interesses an der Dreierkonstellation, wobei sich hier die Frage stellt, inwieweit alle Beteiligten wirklich Interesse an einer stärkeren Bindung haben. Die Bundesregierung hat den Willen zu einem neuen Anlauf dokumentiert, den sie aber nur im Konsens mit den beiden anderen Staaten verwirklichen können.

*Krzysztof Ruchniewicz*

## **Deutschland, Frankreich und Polen im vereinten Europa**

### **Bilanz nach fünf Jahren EU-Osterweiterung**

Im Frühjahr 2009 widmeten sich viele polnische Medien dem Resümee unserer Gegenwart in der Europäischen Union. Die größte meinungsbildende Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“, die kürzlich ihr 20-jähriges Bestehen feierte, versah ihren Beitrag zu diesem Thema mit dem Untertitel „Das haben wir aber gut gemacht!“. Das bedeutet nun nicht etwa, dass die Zeitung die Ergebnisse des EU-Beitritts als einen ständigen Triumphzug einschätzen würde. Sie findet vielmehr auch kritische Worte – sowohl an die polnische Politik wie auch an Brüssel oder die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten, die wichtigsten Spieler auf der europäischen Bühne. Das ändert dennoch nichts an ihrer seit Jahren bekundeten generellen Befürwortung der pro-europäischen Entwicklung Polens, des Euro-Enthusiasmus, an dem es den rechten Schlagzeilen so sehr mangelt. Ähnlich engagiert für die aktive Mitarbeit beim Ausbau der europäischen Integration zeigt sich das Wochenblatt „Polityka“, das populärste seiner Art in der Lektüre der polnischen Mittel- und Oberschicht, vor allem der Intelligenz. Hier lautete das Fazit, angelehnt an eine bekannte Redensart für ein sicheres und wohlhabendes Leben: „wie die Made im EU-Speck“<sup>1</sup>.

Der Erfolg des polnischen Beitritts ist nicht nur der Erfolg des Staats als solchem oder seiner politisch-intellektuell-finanziellen Eliten, sondern auch der aller Durchschnittsbürger – der Angestellten und Bauern, oder der Nut-

<sup>1</sup> „Jak w Unii za piecem“; „U Pana Boga za piecem“.

zer der Straßen und Schwimmbäder –, all jener, denen die Integration erlaubt zu arbeiten, von der neuen Infrastruktur zu profitieren oder wenigstens die Befriedigung beim ungehinderten Überschreiten der Ländergrenzen zu verspüren. Diese Mischung aus Freude und Verwunderung, die Millionen Polen immer wieder empfinden, wenn sie die Grenzen ohne Schranken oder Zoll passieren, ist für Westeuropäer kaum verständlich. Vielleicht empfinden so nur die, für die der „Eiserne Vorhang“ nicht nur ein historischer Begriff, sondern noch frische persönliche Erinnerung ist, und überdies eine sehr unangenehme Erinnerung.

Die Bilanz der polnischen Mitgliedschaft in der EU lässt sich am schnellsten und besten mit statistischen Angaben beschreiben. So gingen auch unsere größten Medien vor, um ihren Landsleuten die Auswirkungen der Integration für Polen aufzuzeigen. Diese Angaben könnten auch für die sogenannten alten EU-Mitglieder von Interesse sein, und das nicht nur, um die Aufwendungen europäischer Steuerzahler zu verdeutlichen, sondern auch den Einfluss der Verbesserung der Situation in Polen auf den Zustand seiner Nachbarn, der ganzen EU. Es ist gut, darüber zu sprechen, denn allzu oft wird die Osterweiterung als unnötige Last empfunden, die die Westeuropäer trotz Ablehnung oder Widerstand in der eigenen Bevölkerung auf sich genommen haben. Die finanzielle Unterstützung der „armen Vettern“ aus dem Osten ist aber doch rentabel – sie festigt den europäischen Wohlstand und entwickelt den gemeinschaftlichen Binnenmarkt in allen Bereichen weiter (Handel, Produktion, Zugang zu Arbeitskräften). Zudem werden so Investoren weltweit ermuntert, ihr Interesse auf die osteuropäische Wirtschaft zu lenken, was vielleicht auf den Weg zu stabiler Entwicklung führt. Zwar werden diese Auswirkungen von der weltweiten Finanzkrise überschattet, aber hoffentlich werden die politischen und ökonomischen Bemühungen schließlich zum Ziel beziehungsweise zur Beendigung der absteigenden Tendenz in der Wirtschaft führen.

Das polnische Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg in den vergangenen fünf Jahren um etwa ein Drittel und überstieg damit das jährliche Wachstum von 5 %. Der Export hat sich beinahe verdoppelt. Das gleiche gilt für den Import, dessen Höhe von ca. 45 Mrd. Euro im Jahr 2008 für den europäischen Markt bedeutend war. Die Arbeitslosigkeit verringerte sich in Polen

um die Hälfte (auf weniger als 10 %), auch dank der Abwanderung von Arbeitskräften in verschiedene EU-Länder, die sich nicht vom „polnischen Klempner“ erschrecken ließen, und wegen der Unternehmensentwicklungen im Land. Jährlich arbeiten über eine Million Polen legal im Ausland – die meisten in Großbritannien, Deutschland, Irland und Frankreich. Gleichzeitig stieg das durchschnittliche Gehalt beträchtlich. Ebenso stiegen die Erträge polnischer Dörfer. Die landwirtschaftliche Produktion, die nach Meinung rechter Euroskeptiker nach dem Beitritt geradezu zum Erliegen gekommen war, steigerte sich um fast 50 %, was weniger mit dem Anstieg der Marktaufnahmekapazität zu tun hatte als mit dem Verlangen der Europäer nach polnischen Lebensmitteln. Allein die sogenannten EU-Hilfsfonds, deren Bedeutung selbst die polnischen Euroskeptiker nicht anzweifeln können, unterstützten die Entwicklung Polens bisher mit 12 Mrd. Euro. Ein Teil dieser Summe wurde für die Modernisierung der Straßennetze und Eisenbahnlinien aufgewendet, die sich in miserablen Zustand befanden. Aber auch kleine Orte fern der geplanten Autobahnen profitieren von der Förderung durch die EU – Wasserleitungen, Abwassersysteme, Landstraßen, öffentliche Objekte. Bis 2015 steht noch die gewaltige Summe von 68 Mrd. Euro zur Verfügung. Vernünftig genutzt, könnte das eine Art verspäteter Marshallplan sein. So etwas ist nämlich der Entwicklungsimpuls, verbunden mit internationaler Sicherheit, relativer Ruhe im Inland und Optimismus der Bürger, den Polen bisher eigentlich nie erlebt hat. Dabei geht es hier nicht nur um die Nivellierung der unterschiedlichen Lebensstandards in Polen und den reicheren EU-Ländern, sondern auch um die Verminderung der Unterschiede im Inneren, die Soziologen, Ökonomen, Publizisten mit „Polen A“ und „Polen B“ beschreiben. Vorerst werden die Ergebnisse dieser Bemühungen nicht zufriedenstellend sein. Laut der oben erwähnten Tageszeitung „Polityka“ nehmen wir, gemessen an Entwicklungsstand und Lebensqualität, unter 27 EU-Staaten den 21. Platz ein, hinter Tschechien und Slowenien, aber vor den baltischen Ländern, der Slowakei und zuletzt Rumänien und Bulgarien. Verglichen mit dem Leben beim Ende des Kommunismus muss man aber sagen, dass Polen im wirtschaftspolitischen Wandel, mit den Anpassungsbemühungen vor dem Bei-

tritt, in den vergangenen fünf Jahren schließlich gigantische Fortschritte gemacht hat.

Wenn man die meist vereinfachte Dimension von Polens Anwesenheit in der EU sieht – die finanziellen Vorteile –, kann man ohne Zweifel von großem Erfolg sprechen. Wenn wir dem noch andere Faktoren hinzufügen, seien sie unmittelbar oder mittelbar mit der Beteiligung Polens an der europäischen Integration und allgemein der internationalen Politik verbunden, können wir von geradezu historischem Erfolg sprechen, der die für Polen seit Jahrhunderten ungünstigen geopolitischen Verhältnisse überwindet. Zu denken ist da vor allem an die Sicherheit des Landes, die aus der Mitgliedschaft in NATO und EU resultiert, enge Beziehungen zu allen Nachbarn, besonders zu Deutschland, die Möglichkeit für vielseitige und differenzierte Unternehmen, bis hin zu neuen außenpolitischen Verfahren. Es sei jedoch keine Kunst – wie ein Journalist es ausdrückte –, „Hilfskassenpatient“ der Union zu sein. Es geht darum, „Partner einer kulturellen Gemeinschaft“ zu sein und, laut der Rhetorik der polnischen politischen Klassen, auf nationaler und EU-Ebene „zu den Spielern zu zählen“. Folglich wissen die Polen, was die Union ihnen gibt und was sie von der Union bekommen, im materiellen Sinn. Doch was geben die Polen der „europäischen Familie“? Dies ist eine berechtigte Frage, die nicht nur das oft beschriebene polnische Ehrgefühl berücksichtigt, sondern eben auch Größe und Bevölkerung Polens, die es zwangsläufig unter den größten EU-Staaten, vor allem des sogenannten neuen Europas, platzieren. Das Potential des Landes, obwohl auf ökonomischer Ebene bislang verhältnismäßig klein, soll mit Sinn für Verantwortung für europäische Politik und konkreten intellektuellen und praktischen Beiträgen zu ihrer Durchführung verbunden sein. Hier ist es leider schon schlechter bestellt.

Eine der Ursachen dieses Umstands könnte die zweijährige polnische Regierung der PiS und ihrer anti-europäischen, rechtsextremen und populistischen Koalitionspartner sein. Die Jahre 2005 bis 2007 waren, was polnische Politik in der EU und Beziehungen zu den Nachbarn, besonders den großen – Deutschland und Rußland –, angeht, fatal. Beobachtete man die Reaktion Europas, konnte man sogar feststellen, dass alle Bemühungen, Polens Image als modernes, sich entwickelndes, demokratisches und

schlicht „normales“ Land zu erschaffen, in Trümmern lagen. Von den Eigenschaften des polnischen Volkes traten in der Wahrnehmung ausländischer Medien, politischer Eliten und gewöhnlicher Menschen die polnische Streitsucht, Selbstüberschätzung, das Unverständnis des Unterschieds zwischen Kompromiss und Diktat und generelle Unfähigkeit, sich in der weiten Welt der EU-Politik zurechtzufinden, hervor. Das heißt nicht, dass alle Forderungen oder außenpolitischen Ziele unter der PiS-Regierung unmöglich, nachteilig oder anti-europäisch waren. Angelegenheiten wie die Energiesicherheit Europas kann man so nicht behandeln. Am häufigsten jedoch waren es die Art, polnische Initiativen zu unterbreiten, und das Unvermögen, die Unterstützung anderer Staaten zu gewinnen, die sie zum Scheitern verurteilten oder den Eindruck von Konflikten zwischen Warschau und anderen EU-Hauptstädten erweckten. Ein längeres Andauern solcher Zustände würde zweifellos zur Wiederbelebung alter Stereotype über die polnische Regierungsunfähigkeit führen.

Die Entstehung dieser Regierungskoalition war sicherlich kein Grund zum Stolz. Doch es sei daran erinnert, dass auch in den alten und demokratiegefestigten Ländern die beachtliche Unterstützung der Wähler von Populisten oder Rechtsextremen und anti-europäische Motive aus der öffentlichen Debatte nicht verschwunden sind. Die vorgezogenen Parlamentswahlen 2007 zeigten, dass die Möglichkeiten des Andauerns einer Herrschaft dieses politischen Lagers in Polen zum Glück begrenzt sind. Die *Bürgerplattform*, obgleich in den Augen eines Teils der pro-europäischen Elite vor einigen Jahren durch die unglückliche Parole „Nizza oder Tod“ (bezogen auf den Streit um eine für Polen vorteilhafte Stimmenzahl in Entscheidungsorganen der Union, die im Vertrag von Nizza beschlossen wurde) kompromittiert, war und ist als berechenbare zentrumspolitische Kraft bekannt, offen für die Welt; vor allem aber versteht sie die Bedeutung der polnischen Mitgliedschaft im europäischen Bündnis. Zweifellos zeigen die Kontakte des Ministerpräsidenten Tusk zu den Kollegen in der EU, trotz ständiger Probleme mit dem für die Außenpolitik verantwortlichen Präsidenten Kaczyński, dass die polnische Regierung die Prinzipien der EU-Politik kennt, instande ist, sich mit ihren Partnern zu verständigen. Und was am wichtigsten ist: sie überzeugt andere von der polnischen Meinung und er-



zielt wünschenswerte Entscheidungen, ohne in ernste Konflikte oder Vergeltungsdrohungen zu geraten. Als Erfolg Polens muss die Bildung einer Koalition benannt werden, die die Modifizierung des Energie- und Klimapakets durchsetzte, was für die Länder mit „alten Energien“ (Steinkohle) von Vorteil ist. Freude bereitet in Anbetracht unserer historischen Verbindungen und geografischen Lage zudem die Bildung der östlichen Partnerschaft der EU. Deren Adressaten sind die Staaten der ehemaligen Sowjetunion, Polens Nachbarn: die Ukraine, (bedingt) Weißrussland, Moldawien, Aserbaidshan, Armenien und Georgien. Polen will nicht, dass seine Landesgrenzen zu unüberwindbaren Barrieren zwischen der EU und dem Rest Osteuropas werden. Die EU unterhält bereits solche regionalen Nachbarschaftsprogramme, bestärkt z. B. durch Spanien und Frankreich; ein Konzept, das sich am östlichen Europa ausrichtet, ist also kein so großes Novum. Betrachtet man andererseits die Dominanz in den Beziehungen der EU zum Osten in Richtung Russland, ist die Durchsetzung der von Moskau nicht gern gesehenen Partnerschaft eine enorme Leistung. Es ist zu hoffen, dass sie die erwünschten Ergebnisse in Gestalt gesellschaftlicher Vorzüge, von Reiseerleichterungen für Durchschnittsbürger und der Verbreitung demokratischer Werte in der dortigen Bevölkerung mit sich bringt. Das wäre für sie, wie auch für die ganze Europäische Union, ein Gewinn, unabhängig davon, ob dann wenigstens für einen Teil dieser Staaten der Weg in die Integration führt.

Ihre Errungenschaften auf EU-Ebene brachten der Republik Polen natürlich Anerkennung im Land und stellen hoffentlich auch die Achtung der Rolle unseres Landes in der europäischen Politik wieder her. Die grundlegende Frage betrifft jedoch Allgemeineres in Verbindung mit Polens Auftreten in der EU. Welches Programm hat Polen allgemein für das sich vereinende Europa? Kann Polen etwas anbieten, das die bisherigen Entwicklungen übertrifft? Zweifellos stand solch ein Gedanke hinter der östlichen Partnerschaft. Doch was ist mit Problemstellungen wie Vorschlägen zur EU-Reform, neuen Impulsen für die Integration, gemeinsamer Auseinandersetzung mit der weltweiten Krise, Schaffung einer Sicherheitspolitik der europäischen Gemeinschaft im Bündnis mit den Vereinigten Staaten? Analytiker der polnischen Außenpolitik seit dem Beitritt Polens zur EU suchen in

ihr eher vergeblich nach Anzeichen für das Abstecken neuer großer Ziele, wie es die Entscheidung zum Schritt in die EU war. Es muss dennoch zur Kenntnis genommen werden, dass dieses Ziel, die Beteiligung am Integrationsprozess, eigentlich eine epochale Aufgabe war. Schwerlich kann man erwarten, dass die neue Idee sich gleich ebenso ambitioniert zeigt. Vom Standpunkt der Historiker des 20. Jahrhunderts aus könnte man sogar fragen, ob die weitere Unterstützung der Vereinigung Europas, die demokratische Entwicklung in seinen östlichen Teilen und die unbedingte Stärkung der eigenen Wirtschaft nicht ausreichend ambitionierte Aufgaben für Polen darstellen. Die Beeinträchtigungen bei der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon durch den polnischen Präsidenten zeigen, wie unglaublich schwer das Ziel der Integration zu verwirklichen ist.

In der polnischen Europa-Debatte wurde viel von den geistigen Werten gesprochen, die das polnische Volk tragen, und die in Europa verbreitet werden sollen. Dieses Thema gehörte zu den beliebtesten Themen der Teilnehmer an der Diskussion, die dem politischen und religiösen Konservatismus nahe standen. Nicht selten klang in deren Äußerungen eine messianische Note mit, was für die Westeuropäer schwer verständlich sein mochte. In Polen nahm man in diesen Stimmen noch etwas anderes wahr, nämlich Anzeichen eines Minderwertigkeitskomplexes – ein ziemlich verbreitetes Denken: „Wir sind zwar arm, dafür aber mehr moralisch als weltlich, und versunken im Konsumismus Europas“. Ich möchte diesen Faden nicht weiterspinnen, denn eine Hierarchiebildung „geringerer“ und „höherer“ Werte ist mir gänzlich fremd. Wie viele Polen meine ich nämlich, dass beide Seiten bei sich und dem anderen Dinge finden, wegen derer sie sich schämen, und auch solche, um die sie sich beneiden und für die sie in ihrem Land werben können. Die Reflexionen des polnischen Papstes Johannes Paul II. über Europa sind ohne Zweifel wertvoll, aber selbst im eigenen Land wurden sie nicht genügend überdacht. Wenngleich die Kritik an der Verehrung der materiellen Seite des Lebens sich nicht nur auf Europa beschränkt, kann man sie auch gegenüber den selbstherrlichen Polen mit Möglichkeiten zur schnellen Hebung des Lebensstandards und zum Konsum anwenden. Die Problematiken Euthanasie, Abtreibung oder homosexuelle Lebensgemeinschaften, die die polnische Rechte mit Europa zu ver-

knüpfen versuchte und in denen sie eine angeblich lauernernde Gefahr für die polnischen Seelen sehen wollte, kann man auf diese Weise wohl kaum angehen. Es ist übrigens nicht bekannt, warum über den Wertekonflikt mehr gesprochen wird als über die Gemeinschaft. Sind das Eintreten für Menschen- und Bürgerrechte, Toleranz, Offenheit, Verständnis und Versöhnung zwischen Völkern keine europäischen Werte, um deren Pflege man sich gemeinsam bemühen sollte? Hängen wir Polen nicht in der falschen Überzeugung fest, dass sie uns ein für allemal gegeben sind, dass nichts sie – und somit uns – gefährden könnte? Ist die blutige Kriegserinnerung von vor 70 Jahren im Gedächtnis Europas wirklich schon so verblasst?

Denkt man über Polen als Mitgestalter der europäischen Politik nach, ist es berechtigt, nach seinem Verhältnis zu den gewichtigen EU-Mitgliedern wie Frankreich und Deutschland zu fragen. Es muss festgestellt werden, dass, besonders für Dritte, wenige Anzeichen für Bedeutsamkeit und effektives Handeln der Achse Paris-Berlin-Warschau erkennbar sind. Das Fehlen des französischen Präsidenten auf dem Gipfeltreffen jüngst in Prag, wo die Gründung der östlichen Partnerschaft offiziell bekanntgegeben wurde, kann als Gleichgültigkeit gegenüber der Initiative ausgelegt werden. Doch erinnern wir uns an die Verärgerung Sarkozys ob der verweigerten Unterschrift des polnischen Präsidenten unter den Vertrag von Lissabon. Es interessiert Europa nicht – obwohl das sicher merkwürdig für uns ist –, welches Verhältnis der polnische Ministerpräsident zum polnischen Präsidenten hat, die polnische Regierung zur polnischen Opposition.

Es gibt also keine Anzeichen, dass die besagte Achse treibender Mechanismus einer neuen Etappe europäischer Integration wird. Doch ist das allein die Schuld Polens? Warschau hat, wie andere Hauptstädte auch, Schwierigkeiten mit der Entwicklung positiver Szenarien von EU-Reformen, die von Elite und Gesellschaft gleichermaßen akzeptiert werden. Das ist ein weiteres Problem, dessen Vorbote die niedrige Beteiligung an den Europaparlamentswahlen ist. Das Weimarer Dreieck besteht jedoch fortwährend und steigert vielleicht irgendwann seine Bedeutung. Polen braucht es vielleicht mehr als die beiden anderen Länder, die auch ohne es die Möglichkeit zu sehr enger Zusammenarbeit haben. Es ist also eine Her-

ausforderung, dem Partner das anzubieten, was ihn interessiert und womit seine Interessen verbunden sind.

Betrachten wir nun die deutsch-polnische Beziehung und ihre Bedeutung für die EU. Lassen wir ruhig die Abkühlung dieser Verbindung während der Regierung der national-konservativen Koalition beiseite: Es scheint nämlich, dass diese Defizite bereits aufgearbeitet werden und das gute Verhältnis zwischen Kanzlerin Merkel und Ministerpräsident Tusk nicht nur Schauspiel für die Medien ist. Fragen geschichtlicher Art trennen uns immer wieder (in Wirklichkeit allerdings weniger als einige Publizisten annehmen) – wir nehmen jedoch die Mühe auf uns, Gespräche über dieses Thema zu führen, statt lediglich eigene Standpunkte zu äußern. Die Polen schmerzt zwar die deutsche Verdrängung vom freien Arbeitsmarkt, aber auch unter den heutigen Beschränkungen arbeiten fast so viele Polen legal beim westlichen Nachbarn wie in Großbritannien. Die Deutschen sind unsere wichtigsten Wirtschaftspartner, deren Interessen auch in Richtung Osten gehen, wenngleich nicht immer im Sinne Polens. Der Streit um die nördliche Gaspipeline ist dafür ein gutes Beispiel. Warschau vergisst aber die stetige Unterstützung Deutschlands auf dem Weg nach Europa ebenso wenig wie die positive Haltung gegenüber vielen polnischen Initiativen nach dem Beitritt, seien es die oben erwähnte Partnerschaft oder die Aufteilung der Mittel aus dem Budget der EU. Ohne Zweifel wurden aber die bisherigen politischen Ziele der deutsch-polnischen Nachbarschaft erreicht, und auf beide Länder wartet die Arbeit an einem neuen Katalog gemeinsamer Ziele. Er soll mehr Basis für die Planung der Außenpolitik sein als ein Bündnis zur sofortigen Verwirklichung formulierter Anliegen. Das gehört zu den Aufgaben, die am Anfang der nächsten fünf Jahre Polens in der EU vor uns liegen.



Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** ist ein interdisziplinäres Forschungs- und Weiterbildungsinstitut der Universität Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfassten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Sie geben die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten des ZEI zusammen.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** is an interdisciplinary research and further education institute at the University of Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. They express the personal opinion of the authors. The papers often reflect on-going research projects at ZEI.

#### **Die neuesten ZEI Discussion Paper / Most recent ZEI Discussion Paper:**

- C 185 (2008) Hans-Gert Pöttering  
European Union – New Impulses for the Decade Ahead
- C 186 (2008) Jürgen Nielsen-Sikora  
Europa der Bürger. Darstellung und Interviews (mit Peter Altmaier, Barbara Gessler, Ruth Hieronymi und Hans-Gert Pöttering)
- C 187 (2008) Ján Figel'  
Reflecting on the European Year of Intercultural Dialogue
- C 188 (2008) Lazaros Miliopoulos  
Begriff und Idee „atlantischer Zivilisation“ in Zeiten transatlantischer Zerreißproben
- C 189 (2008) Carl Christian von Weizsäcker  
Regionalisierung der Regulierung im Bitstromzugangs-Markt?
- C 190 (2008) Sonja Schröder  
The 2007-2013 European Cohesion Policy. A New Strategic Approach by the Commission?
- C 191 (2009) Meredith Tunick  
Promoting Innovation in the European Union. On the Development of Sound Competition and Industrial Policies
- C 192 (2009) Frank Decker/Jared Sonnicksen  
The Election of the Commission President. A Presidential Approach to Democratising the European Union
- C 193 (2009) Aschot L. Manutscharjan  
Der Berg-Karabach-Konflikt nach der Unabhängigkeit des Kosovo
- C 194 (2009) Wiebke Drescher  
The Eastern Partnership and Ukraine. New Label – Old Products?
- C 195 (2009) Ludger Kühnhardt/Tilman Mayer (Hrsg.)  
Die Gestaltung der Globalität. Neue Anfragen an die Geisteswissenschaften
- C 196 (2009) Ina Hommers  
Die Migrationspolitik der EU. Herausforderung zwischen nationaler Selbstbestimmung und europäischer Konvergenz
- C 197 (2010) Klaus Hänsch  
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 198 (2010) Ludger Kühnhardt/Tilman Mayer (Hrsg.)  
Die Gestaltung der Globalität. Annäherungen an Begriff, Deutung und Methodik
- C 199 (2010) Wolfram Hilz/Catherine Robert (Hrsg.)  
Frankreich – Deutschland – Polen. Partnerschaft im Herzen Europas

Die vollständige Liste seit 1998 und alle Discussion Paper zum Download finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.zei.de>.

For a complete list since 1998 and all Discussion Paper for download, see the center's homepage: <http://www.zei.de>.

---

ISSN 1435-3288

ISBN 978-3-941928-01-5

---

Zentrum für Europäische Integrationsforschung  
Center for European Integration Studies  
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3  
D-53113 Bonn  
Germany

Tel.: +49-228-73-4929  
Fax: +49-228-73-4984  
<http://www.zei.de>